

rant_innen gesamtgesellschaftlich ausgeschlossen und müssen oftmals „in the shadows“ leben, sind aber zugleich oftmals eingebunden in die Strukturen migrantischer Communitys sowie von Communitys of Color. In Deutschland gibt es weniger etablierte Strukturen segregierter Gemeinschaften. Hinzu kommt eine spezifische Isolation durch die staatlich organisierte Unterbringung, weshalb soziale Netzwerke von Migrant_innen vermehrt auf Kontakte in die Mehrheitsgesellschaft angewiesen sind. Der engere Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft zeigt sich bei JoG daher nicht nur in ihren Interventionen, sondern auch im engeren Verhältnis zu Unterstützenden innerhalb der Selbstorganisation.

2. ABSICHTEN UND POLITISCHE AUSRICHTUNGEN IM KAMPF GEGEN ENTRECHTUNG

Die Selbstvertretung und -repräsentation migrantischer Jugendlicher ist eine politische Intervention an sich und zugleich ein Ansatz, um Themen zu setzen, Ziele zu definieren und Strategien zu entwickeln. Dieses Unterkapitel fokussiert daher, welche Lebensumstände die Jugendlichen ausgehend von einer Situation gemeinsamer Betroffenheit als kollektive Probleme benennen, politisieren und auf die Agenda der Selbstorganisation setzen. Was sind die zentralen Absichten der politischen Interventionen und welche Forderungen werden formuliert? Als migrantische Selbstorganisationen haben die Gruppen beider Länder gemeinsam, dass sie ausgehend von der Dringlichkeit ihrer Anliegen versuchen, kurzfristig ihre Lebenssituation zu verbessern und in konkreten Verteidigungskämpfen für sich und ihre Communitys aktiv zu werden.

Trotz ähnlicher Ausgangspunkte unterscheiden sich jedoch die Forderungen und Strategien der Gruppen. Dies spiegeln auch die beschriebenen Narrative wider: Bei JoG steht das Verlangen nach Bleiberecht im Mittelpunkt, das sich aus einer Analyse ergibt, welche die Abschiebedrohung und vor allem den prekären Rechtsstatus als Grundproblem erachtet. In den USA wird der prekäre Rechtsstatus und die Abschiebe- und Inhaftierungsdrohung ebenfalls zentral problematisiert, wobei der Fokus auf Letzterem liegt. In diesem Zusammenhang entwickeln die undokumentierten Jugendlichen eine Strategie, die weniger von einer Bleiberechtsforderung ausgeht, sondern die sich als Kampf gegen Kriminalisierung ausdrückt. Diese unterschiedliche Artikulation strukturell vergleichbarer Positionen hängt zudem mit der politischen Ausrichtung zusammen, die sich bei JoG tendenziell als pragmatische und bei IYC & CIYJA als radikale Politikperspektive beschreiben lässt, worauf ich im zweiten Abschnitt eingehe.

2.1 Ziele und zentrale Forderungen

2.1.1 Bleiberecht für alle und Chancengleichheit

In der langjährigen Geschichte von JoG weist die Entwicklung der Ziele und Forderungen kaum größere Brüche auf, sondern ist gekennzeichnet von Kontinuität. Neben dem Grundsatz der Selbstorganisation und -repräsentation und dem Einsatz gegen Diskriminierung nennen JoG in ihrem Selbstverständnis folgende konkrete Ziele:

„ein großzügiges Bleiberecht für Alle / die vorbehaltlose Umsetzung der UNO-Kinderrechte / die Gleichberechtigung von Flüchtlingen mit den Einheimischen / die Legalisierung von Menschen ohne Papiere (sog. Illegale) / die Chancengleichheit vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt / das Rückkehrrecht für unsere abgeschobenen Freundinnen und Freunde!“ (JoG o. J. a)

Während in der Aufzählung selbst keine Gewichtung vorgenommen wird, können im Zusammenhang mit anderen Aussagen von JoG zwei primäre Ziele ausgemacht werden: zum einen die Forderung nach Bleiberecht, zum anderen die nach Gleichberechtigung und Chancengleichheit, insbesondere in Bezug auf Bildung (D1: 20; D5: 18; D7: 2; D10: 32). Die konkreten Ziele sind für Samira verbunden mit dem übergeordneten Ziel einer Zukunftsperspektive an ihrem aktuellen Lebensort: „Die Kernforderung ist, dass wir ein humanes Leben hier führen können, dass wir nicht in Lagern bleiben müssen, dass wir Recht haben hier zu bleiben, dass wir Recht haben auch zu träumen.“ (D13: 80) Hoffnung wird in Samiras Beschreibung zu einem wesentlichen Ziel politischer Intervention. Die Forderung nach Bleiberecht (Existenz vor Ort) wird dabei mit der Forderung nach Bildung und Arbeit (Teilhabe vor Ort) verbunden. Zum einen kämpft JoG also dagegen, dass Geflüchtete an einen anderen Ort abgeschoben werden, wo sie für sich keine Lebensperspektive sehen können, zum anderen kämpfen sie dafür, vor Ort eine Lebensperspektive zu erhalten, wobei sie sich im weiteren Sinne gegen die Abschiebung in eine hoffnungslose soziale Lage wehren.

Der Einsatz für ein umfassendes Bleiberecht ist von Beginn an das wesentliche Ziel von JoG. Er ist zum einen unmittelbar verbunden mit der Lage der Jugendlichen, da ihrem Aufenthalt in Deutschland durch den Status der Duldung meist über Jahre hinweg eine rechtliche Grundlage und somit Sicherheit sowie Teilhabemöglichkeiten entzogen bleiben: „Sie sind nicht illegal im Land, aber auch nicht legal.“ (Jakob 2016: 35) Zum anderen richtet sich die Forderung nach Bleiberecht gegen die staatliche Praxis der Abschiebung sowie deren permanente Drohung. 2006 konnte eine Bleiberechtsregelung durchgesetzt werden, die JoG-Aktivist_innen waren dennoch motiviert, die Selbstorganisation fortzusetzen, da sie einen politischen Erfolg hatten, an den sie einerseits anknüpfen konnten, der aber andererseits weitgehend unzureichend war. Zum einen konnten einige der bereits seit Längerem aktiven Jugendlichen von der Regelung profitieren und bekamen ein Aufenthaltsrecht. Folglich waren sie nicht mehr gleichermaßen betroffen, weshalb die Ziele auf andere Aspekte der Lage von Migrant_innen ausgeweitet wurden (D7: 16). Hierbei erhielt die Diskriminierung durch rassistische Strukturen, die trotz des erlangten Aufenthaltsrechts anhält, vermehrt Aufmerksamkeit (siehe Kapitel VI.1.2). Zum anderen erhielt die Bleiberechtsforderung im Kontext der erfolgreich erkämpften Gesetzesänderung eine neue Bedeutung, „weil wir natürlich prompt in der Situation nach der Regelung waren, dass auf einmal Freundinnen und Freunde von JoG genau aus der Regelung, für die wir gekämpft haben, rausgefallen sind“ (D14: 12). Während sie sich dafür eingesetzt hatten, Teil dieser Gesellschaft zu sein und die gleichen Rechte zu bekommen, entsprach die erzielte Bleiberechtsregelung weitgehend nicht ihren Vorstellungen, da durch die Stichtagsregelung und andere Selektionskriterien nur ein Teil der Jugendlichen zum Bleiben berechtigt wurde. Die Forderung nach Bleiberecht bekommt somit eine nachdrückliche Betonung: Während auf der JoG-Konferenz im Frühjahr 2006 noch eine „großzügige Blei-

berechtsregelung“ (JoG 2006a) verlangt wurde, wird nach der Verabschiedung des Gesetzes ein „bedingungsloses Bleiberecht für ALLE!“ gefordert (JoG 2016). Die strukturelle Radikalität dieser nun uneingeschränkten Bleiberechtsforderung hat jedoch zu Diskussionen in der Gruppe geführt.

Im Zusammenhang mit der hegemonialen Wirkmächtigkeit der Unterscheidung von ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Migrant_innen ist die Inklusivität eines unbegrenzten Bleiberechts damals nicht für alle selbstverständlich gewesen. So gab es bei der Konferenz 2006 in Nürnberg intern eine Debatte über den Entwurf der Bleiberechtsregelung. Umstritten war insbesondere die Beschränkung, dass Personen, die für Straftaten zu 50 Tagessätzen oder mehr verurteilt worden sind, von der Regelung ausgeschlossen worden waren: „Und da gab es eine heftige Diskussion, weil Jugendliche gesagt haben: ‚Nein, wer hier auch nur eine Scheiße baut, der muss sofort Deutschland verlassen.‘“ (D14: 10) Andere Jugendliche hätten dem jedoch entgegnet, dass jeder eine „zweite Chance verdient“ und dass eine „Doppelbestrafung“ durch strafrechtliche Verurteilung und anschließende Abschiebung ungerecht sei (D14: 10). Die durch Prozesse der Kriminalisierung geprägte Frage nach der Berechtigung von straffälligen Migrant_innen hat bei JoG somit zu einer Diskussion geführt, durch welche die inklusive Bleiberechtsforderung zunächst infrage gestellt wurde, letztendlich aber bekräftigt wurde. Neben dem inklusiven Bleiberecht sind auch andere Forderungen von JoG hinterfragt, diskutiert und dadurch oftmals erst auf eine breitere Basis gestellt worden (D14: 12). In diesen Austauschprozessen kommt es bei einigen Jugendlichen zudem zu einer Politisierung, sodass sie nach und nach weitergehende Forderungen mittragen, wie Ibrahim beschreibt: „Tatsächlich konnte bei einigen Jugendlichen beobachtet werden, dass sie selbst später teilweise Forderungen gestellt haben, die sie zuvor als ‚unrealistisch‘ erachteten, und in Diskussionen sowie Gesprächen Argumente vorgetragen haben, denen sie zuvor kritisch gegenüberstanden.“ (Kanalán 2015: 9) Die Forderungen werden in diesen Austauschprozessen weiterentwickelt, sodass in den 2010er Jahren das Bildungsthema in den Fokus der Forderung nach Gleichberechtigung rückt.

Die Forderungen nach Bleiberecht und Bildung sind wechselseitig aufeinander bezogen und ergeben sich auseinander. Der Ausschluss geflüchteter Jugendlicher von Bildung, der bereits für die JoG-Gründung ausschlaggebend war, rückte Anfang der 2010er Jahre erneut in den Mittelpunkt, da viele der Jugendlichen hier eines der dringlichsten Probleme sahen (D5: 18). Dass die Forderungen nach Bildung und Bleiberecht eng zusammenhängen, verdeutlicht Ali in Bezug auf die wesentlichen Ziele von JoG. Neben dem Einsatz gegen Abschiebungen sei Bildung zentral:

„Das ist das Wichtigste, dass wir auch zur Schule gehen. Also ich gehe ja zur Schule, aber es sind Tausende andere Jugendliche, die nichts zu tun haben, weil sie nicht dürfen und die bleiben einfach zu Hause und die haben nichts zu tun und dann sie werden irgendwie krank. Man bekommt einfach Stress und das ist unser Ziel, dass das alles sich ändert. Und... man lebt hier seit Jahren, man hat Schule besucht, man hat Abitur geschafft, aber trotzdem man hat Duldung und darf man nicht wirklich in Deutschland bleiben. Man ist in Gefahr und wird irgendwann nach seine Heimat abgeschoben und warum? Wo ich zum Beispiel jetzt so viele Freunde in Deutschland hab, besonders in Kiel, ehrlich gesagt ich kann nicht irgendwo anders leben. Ich kann die Sprache verstehen. Ja klar, nicht wie ein Deutscher, aber ich hab‘ viele Freunde, ich gehe zur Schule hier.“ (D10: 32)

Einerseits ergibt sich aus dem Aufenthalt in Deutschland das Bedürfnis, hier einen Bildungszugang zu erhalten. Andererseits ergeben sich aus der absolvierten Bildung sowie der damit verbundenen Sozialisation in Deutschland häufig der Wunsch und die Forderung hierbleiben zu können, wobei erneut der Zusammenhang von Bleibe- und Teilhaberecht deutlich wird.

Ausgehend von ihrem grundlegenden Ziel, ein Bleiberecht für alle zu erstreiten, entwickeln die geflüchteten Jugendlichen verschiedene Forderungen nach Gleichberechtigung. Diese begründen sie einerseits durch einen Vergleich mit der Lage von anderen Jugendlichen und „Einheimischen“ (JoG o. J. a), die nicht von einer Abschiebung bedroht sind, sowie andererseits durch einen Bezug auf grundlegende Rechte. Der Verweis auf eine empirisch erfahrbare Gleichheit, die Rancière an einige Stellen zur Begründung demokratischer Praxen beschreibt, geht hierbei einher mit dem Verweis auf eine Gleichheit, die durch demokratische und menschenrechtliche Diskurse konstituiert ist und die zentral in den Ansätzen von Balibar, Laclau und Mouffe behandelt wird (siehe Kapitel III.3.4). Darüber hinaus beziehen sie sich zum Teil strategisch auf Integrationsdiskurse, wie im letzten Unterkapitel beschrieben, und begründen ihre Forderungen mit Prinzipien der Chancengleichheit.

Um ihre Forderung nach Gleichberechtigung mit deutschen Staatsbürger_innen zu artikulieren, demonstrieren die geflüchteten Jugendlichen zunächst ihre Position der Ungleichheit. Sie müssen diese sichtbar machen, um sie öffentlich infrage stellen zu können. Um daraufhin die Willkür der staatlich verordneten Ungleichheit erkennbar und angreifbar zu machen, demonstrieren die Jugendlichen ihre Gleichheit in anderen Bereichen der Lebenswelt. Amina verdeutlicht den Widerspruch zwischen den sozialen Praxen ihrer Familie, die denen von deutschen Staatsbürger_innen ähneln, und ihrer seit Jahren anhaltenden Entrechtung als Nicht-Bürger_innen:

„[W]enn ich jetzt zum Beispiel zum Landkreis hingehe und sage: ‚Warum geben Sie mir denn keine Aufenthaltserlaubnis, warum geben Sie mir denn keinen deutschen Pass, was ist denn der Grund dafür?‘ Die haben einfach gar keinen Grund, die haben einfach gar keinen Grund dafür, wenn sie auch gleich sehen: Okay derjenige kann sehr gut Deutsch, derjenige ist hier integriert, derjenige hat hier Freunde, Familie, er geht hier zu Schule, er arbeitet, er macht eine Ausbildung, er hat hier seine Kinder, er hat ’ne Wohnung, er hat eine Frau. Aber das alles wird gar nicht anerkannt, es ist scheißegal, was du hier machst. Du bleibst einfach hier geduldet oder kriegst einfach nur ’ne Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, obwohl du mehr verdient hättest, das und die Gleichberechtigung auch gegenüber anderen Flüchtlingen, die schon eingebürgert wurden, obwohl sie vielleicht weniger Jahre als ich hier sind oder gar nicht zu Schule gehen oder gar kein Deutsch können.“ (D12: 56)

Amina hebt zunächst allgemein die Grundlosigkeit des staatlichen Verwaltungshandelns und ihrer Ungleichbehandlung hervor („gar keinen Grund“) und verweist somit auf die radikale Kontingenz des Politischen. Direkt daran anschließend problematisiert sie jedoch insbesondere, dass das konkrete Verhalten von ihr und ihrer Familie nicht anerkannt wird, sondern einzig ihr formeller Status ausschlaggebend sei. Einerseits wird auf eine substanzielle Gleichheit in der Lebenswelt verwiesen, durch welche die formelle Ungleichbehandlung durch den Staat fragwürdig erscheint. Andererseits ergibt sich die Gleichheitsforderung durch den Vergleich mit deutschen Staatsbürger_innen hier im Zusammenspiel mit dem Integrationsdispositiv, wobei betont wird,

dass man deren vermeintlichen Verhaltensweisen bzw. den als ‚deutsch‘ definierten Normen entsprechen würde. Darüber hinaus wird die eigene Leistung – auch im Gegensatz zu anderen Geflüchteten – hervorgehoben, um die eigene Diskriminierung und die Vorenthaltung von Rechten zu problematisieren („obwohl du mehr verdient hättest“). Amina beschreibt hier eine Berechtigung durch Integrationsleistung – wenngleich sie an anderer Stelle die staatliche Beurteilung von Integration ebenso hinterfragt (D12: 58). Die Aussagen von Amina oszillieren zwischen einer konfrontativen Anrufung radikaler Gleichheit, durch die Grenzziehungen infrage gestellt werden, und einer dem herrschenden Diskurs entsprechenden Anrufung von Werten der Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit.

Die Forderung nach Gleichberechtigung geht bei JoG jedoch über einen Vergleich und die weitgehende Identifizierung mit deutschen Staatsbürger_innen hinaus. Neben einem Verweis auf die lebensweltlich erfahrbare Gleichheit gehen die politischen Praxen von JoG von einer Gleichfreiheit aus, die durch einen Verweis auf grundlegende Rechte artikuliert wird. Mesut verdeutlicht anhand seiner persönlichen Entwicklung, wie das Wissen über herrschende Gesetze und die eigenen Rechte Jugendliche befähigen kann, ihre Unterordnung nicht länger hinzunehmen:

„Ich wusste von vielen Gesetzen und Hindernissen nicht viel, ich war selber betroffen, aber trotzdem hatte ich nicht so wirklich die Information drüber, warum, ja... Man nimmt einfach hin: ‚Okay, ist so.‘ Aber man soll auch was dagegen machen, dass man einfach Rechte hat als Mensch. Und ich find’ wichtig, dass man für diese Rechte kämpfen soll. [...] Dass man hier wie ein Mensch behandelt wird und gleichberechtigt behandelt wird wie die anderen, Einheimischen.“ (D8: 12)

Durch den Verweis auf ihre Rechte als Menschen können die geflüchteten Jugendlichen ihre Entrechtung als Unrecht beschreiben. In der Begründung von Mesut ist die Forderung nach Gleichheit durch einen Verweis auf Rechte jedoch ebenso mit dem Verweis auf eine lebensweltliche Gleichheit verknüpft, die er durch den Vergleich mit „Einheimischen“ begründet. Hier werden Menschen- und Bürgerrechte somit zusammengenommen, woraus sich die Berechtigung ihrer Position ergibt (vgl. Balibar 2012).

Rojda begründet ihre Kritik an der herrschenden Politik und die Forderungen von JoG zudem mit einem grundlegenden Recht auf Flucht und Migration:

„Wir sind gegen diese Politik, weil jeder Mensch hat das Recht irgendwo Asyl zu suchen und den Schutz auch zu bekommen und, weil wir davon so überzeugt sind, dass jeder Mensch auch da leben soll, wo er es möchte, wo er es sich aussucht, wo er denkt, er ist da in Sicherheit, er möchte sich da ein Leben aufbauen und teilhaben, das muss machbar sein. Und wenn die Politik das Gegenteil tut, dann setze ich mich, setzen wir uns mit JoG mit unseren Strategien mit unseren Forderungen dafür ein, dass wir das auch bekommen. Es ist unser Recht und wir wollen es auch bekommen.“ (D2: 37)

Rojda vertritt ein Recht auf Bewegungsfreiheit und Schutz, das gegenüber staatlichen Eingriffen durchgesetzt werden müsse. In Bezug auf einen weiten Rechtsbegriff werden die Forderungen nach Gleichheit und die sich daraus ergebenden politischen Praxen von JoG im (Menschen-)Recht begründet. Darüber hinaus wird der von ihr verwendete Rechtsbegriff nicht auf ein kodifiziertes Recht beschränkt, sondern ähnlich

wie das Recht auf Stadt in einem Modus des Als-ob verwendet (vgl. Rancière 2002: 64), so als ob sie die Rechte bereits hätten, die sie einfordern („Es ist unser Recht und wir wollen es auch bekommen“). Über die Forderung nach Gleichberechtigung durch einen Vergleich mit deutschen Bürger_innen sowie dem Verweis auf Menschenrechte hinaus werden eigene Rechte als legitimer Anspruch erklärt.

2.1.2 Kampf gegen Kriminalisierung und intersektionale Herrschaftsverhältnisse

Während sich die Forderungen bei JoG kontinuierlich entwickelt haben, haben sie sich in der Bewegung undokumentierter Jugendlicher in den USA grundsätzlich gewandelt. Die Selbstorganisationen in den USA sind durch einen mehrfachen Bruch mit lang anhaltender Wirkung geprägt. Die Ziele und Forderungen der Bewegung undokumentierter Jugendlicher haben sich in ihrem Verlauf signifikant verschoben: weg von der Forderung nach Rechten für die besondere Gruppe undokumentierter Studierender und hin zu einem umfassenden Kampf gegen Kriminalisierung, der bei den Selbstorganisationen von IYC und CIYJA im Mittelpunkt steht.

Das Selbstverständnis der IYC benennt diese primären Ziele ihrer Organisation: (1) das Ende der Kriminalisierung, (2) den Stopp aller Abschiebungen, (3) die Abschaffung der Inhaftierung, (4) die Beendigung der Zusammenarbeit lokaler Polizeibehörden mit der Migrationspolizei und (5) die zunehmende Investition gemeinsamer Ressourcen für „LGBTQIA youth of color“. Während die ersten vier Ziele dem Kampf gegen Kriminalisierung zugerechnet werden können, hängt das fünfte Ziel vor allem mit der Priorisierung besonders betroffener Positionen zusammen, wobei das prägende Bewusstsein von Intersektionalität sich auch in der vollständigen Formulierung des ersten Ziels ausdrückt: „End the mass criminalization of Women, LGBTQIA, and migrant youth of color.“ (IYC o. J.) Diese radikale Politikperspektive hängt nicht nur mit spezifischen Forderungen zusammen, sondern bestimmt die strategische Ausrichtung der Gruppe, die weniger auf einzelne Aspekte zielt, sondern versucht, diese in ihrer systemischen Verflechtung anzugehen.

Der Kampf gegen Kriminalisierung geht von der Erfahrung undokumentierter Jugendlicher aus und liegt der Ausrichtung und den konkreten Zielen ihrer Bewegung zugrunde. Die undokumentierten Jugendlichen erleben am eigenen Leib, wie sie aufgrund ihres Aufenthaltsstatus strukturell mit Kriminellen gleichgesetzt und zu ‚Illegalen‘ gemacht werden und wie umgekehrt ihre Entrechtung mit ihrer vermeintlichen Kriminalität gerechtfertigt wird. IYC & CIYJA stellen nicht nur die Illegalisierung ihres Aufenthalts infrage, sondern richten sich gegen eine umfassendere Kriminalisierung. Während vor einigen Jahren im Kontext des Dreamer-Narrativs noch skandiert wurde, dass sie als undokumentierte Jugendliche ‚nicht kriminell‘ seien, wird mittlerweile die soziale Produktion von Kriminalität insgesamt infrage gestellt. Wesentlichen Anlass hat hierzu die Ausweitung von Masseninhaftierungen und -abschiebungen unter der Obama-Regierung gegeben (siehe Kapitel IV.1). Die Neuausrichtung der Strategie vollzieht sich in Verbindung mit der im letzten Unterkapitel beschriebenen Überwindung des Dreamer-Narrativs, wodurch radikalere Perspektiven eröffnet werden.

In konkreten politischen Praxen zeigt sich der Einsatz gegen Kriminalisierung vor allem als Kampf gegen Inhaftierung und Abschiebung (U18: 34; U3: 2). Dabei wendet sich die IYC gegen die noch in den 2010er Jahren auch in der Bewegung undokumentierter Jugendlicher verbreitete Annahme, dass Abschiebungen im Falle einer

strafrechtlichen Verurteilung gerechtfertigt seien: „Even the Dream Teams, even immigrant youth in our communities at the time would be like: ‚Oh whoa, you committed a crime, you should get deported.‘“ (U5: 6) Eines der häufig vorkommenden Vergehen, durch das die Grenze zur vermeintlich moralisch gerechtfertigten Abschiebbarkeit überschritten wird, ist das Autofahren unter dem Einfluss von Rauschmitteln (*Driving under the influence*, DUI): „The mentality back then was like getting a DUI you should get deported.“ (U12: 12) Ähnlich wie JoG, bei denen wie oben beschrieben ebenfalls die Rechtfertigung der Abschiebung von Straffälligen diskutiert wurde, kritisiert die IYC diese Verbindung von Kriminalisierung und Migrationskontrolle: „IYC was more like challenging laws and challenging enforcement and the way like that why people with DUI should get deported.“ (U12: 12) Anstatt bloß für qualifizierte Ausnahmen in der Abschiebepolitik zu kämpfen, wird diese grundlegend abgelehnt.

Die Rechtfertigung einer Abschiebung aufgrund eines strafrechtlich relevanten Vergehens weist die IYC mit zwei Argumenten zurück, die einer immanenten und einer radikalen Kritik entsprechen. Auf einer liberalen Gerechtigkeitsdiskursen entsprechenden Ebene wird die an eine verbüßte Strafe anschließende Abschiebung als diskriminierende Doppelbestrafung kritisiert, die rechtsstaatlichen Grundsätzen zuwiderlaufe. So beschreibt Alex die unterschiedliche Behandlung von Citizens und Non-Citizens hinsichtlich der Verkehrsvergehen: „Every US-Citizen gets some ticket, he goes to class and he learns, if he gets a DUI he gets his license taken away, but he goes to class and then there is a process. Why our parents or why are we getting to face deportation in the name of something that is a human mistake, you know, people make mistakes.“ (U5: 6) Hierbei wird auf die proklamierte Gerechtigkeit des US-amerikanischen Strafjustizsystems angespielt, um zu hinterfragen, warum illegalisierte Migrant_innen von diesem ausgenommen und abgeschoben werden sollten. Über diese Ablehnung einer Doppelbestrafung hinaus wird in einer radikalen Kritik zudem bereits die Kategorisierung einer Handlung als kriminell hinterfragt. Abschiebungen erscheinen so nicht nur als ungerechtfertigte Konsequenz einer ansonsten individuell verursachten und zu verantwortenden Kriminalität, sondern als Fortführung eines Prozesses der Kriminalisierung: „I’m assuming that some of them have criminal records, because of the policies the government has done to criminalize us.“ (U5: 18) Luis S. beschreibt anhand des Beispiels einer Inhaftierung und Abschiebung wegen Diebstahls ebenfalls eine Kritik auf mehreren Ebenen:

„I think the hardest part as an immigrant is to challenge those things, because people expect you to behave, because you are given the opportunity to be here in a country ‚that shouldn’t even have you‘. So it becomes really complicated in that sense, when we go talk to democrats and tell them: Well, you know this person did steal this, but it shouldn’t be a deportation, you know, because it’s just, when a citizen steals, they go through a process, and it’s still not right, like they go through a process when they go to court and they go to jail. Immigrants don’t get that process, we get deported. We don’t get us a hearing or a system, we just get deported. Which is both are wrong, but I mean like in terms of communication and language, I think using their language against them from time-to-time helps, I mean why can’t we get this access too, why do we have a different system, a criminal system for us and a criminal system for them.“ (U12: 86)

Auf der ersten Ebene wird immanente Kritik geübt und ausgehend von den Normen des herrschenden Diskurses eine ungleiche Bestrafung kritisiert: Warum gibt es einen

Strafprozess für Bürger_innen, während Migrant_innen für dasselbe Delikt direkt abgeschoben und damit ungleich behandelt werden? Auf dieser Ebene wird Gleichberechtigung innerhalb eines Systems gefordert, ohne dessen Problematik zu artikulieren, es wird quasi die gleich-schlechte Behandlung für Migrant_innen gefordert. Auf der zweiten Ebene wird eine radikale Kritik artikuliert. In einer weiterführenden Überschreitung herrschender Normen wird die auf der Eigentumsordnung beruhende Strafjustiz insgesamt hinterfragt, wodurch zugleich über einen spezifisch migrantischen Kampf hinausgegangen wird: „So it’s part of a bigger picture, people shouldn’t be getting locked up as way to deal with stealing.“ (U12: 86; vgl. U4: 46) Kriminalität wird also weniger als abweichendes Verhalten markiert, sondern erscheint – gerade im Falle von illegalisierten Migrant_innen – als Produkt von staatlichen Politiken. Die strafrechtlichen Verurteilungen sowie die durch diese begründeten Abschiebungen erscheinen als Resultat einer Kriminalisierung.

Im Zuge der Radikalisierung der Bewegung undokumentierter Jugendlicher in Kalifornien gehen diese über die angepasste und einschränkende Figur des „Dreamer“ hinaus, wobei der Einsatz gegen Kriminalisierung eine umfassende Perspektive auf Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse in Bezug auf Migration sowie über diese hinaus eröffnet. Auf diese Weise ermöglicht es der Ansatz der De-Kriminalisierung, migrantische mit anders gelagerten sozialen Kämpfen, vor allem von People of Color, zu verknüpfen, wenn etwa Migrationskontrollen in Bezug auf Rassismus problematisiert werden (U7: 55). So beschreibt Aiko in Bezug auf ihre Gruppe eine Perspektive, die nicht nur undokumentierte, sondern ebenso andere Jugendliche einbezieht, die von *racial profiling* und *gang injunctions* betroffen sind – Kontrollpraxen, die wiederum eng mit Abschiebungen verbunden sind: „The main demands of RAIZ is to stop the criminalization of our communities, which compose of undocumented people, but also a lot of the youth. [...] So stopping the criminalization of black and brown bodies and I guess the genocide that’s going on with the police killings too.“ (U8: 22) Da undokumentierte Jugendliche nicht als solche getrennt, sondern in Nachbarschaft mit anderen leben, die einen sicheren Aufenthaltsstatus oder die US-amerikanische Staatsbürgerschaft haben, aber zu einem großen Teil ebenfalls von Rassismus betroffen sind, bezieht sich die Verteidigung der eigenen Community hier zugleich auf ihre gemeinsame Lage als People of Color. Aiko erwähnt explizit die tödliche rassistische Polizeigewalt, gegen die sich zu der Zeit die Bewegung *Black Lives Matter* formiert. Dieser Bezug zeigt, wie die Ausrichtung auf Kriminalisierung diverse Verbindungen mit anderen Bewegungen eröffnet.

Des Weiteren ist Kriminalisierung speziell mit Adoleszenz verknüpft. Jonathan, der sich vor seiner Beteiligung in der Selbstorganisation undokumentierter Jugendlicher mit der Gruppe *Inner City Struggle* gegen das entrechtende Schulsystem in East LA eingesetzt hat, verweist auf eine tief greifende Kriminalisierung von Jugendlichen. Diese würden oft als Risiko für die Gesellschaft gesehen. Deshalb sei es Teil ihres politischen Anliegens Vertrauen in Jugendliche zu setzen:

„Criminalization says young people in general, I think even regardless of race, young people are bad. That’s what it is, that’s the environment, youth are always guilty, youth are to blame, youth mess up everything, so when you tell them like: No, you are a positive contribution and you can make a change that’s gonna positively impact thousands of people, the world, you give them

what they've never had... you know, which is trust. And especially in school it's like the teachers, those interactions, the principals, they treat youth like criminals.“ (U7: 43)

Als undokumentierte Jugendliche of Color sind sie nicht nur von einer Illegalisierung ihres Status, sondern zusätzlich von einer Kriminalisierung als nicht-weiße sowie überhaupt als Jugendliche betroffen. Jonathan spricht hier eine sozial etablierte Verknüpfung von Adoleszenz mit abweichendem oder zumindest unverantwortlichem Verhalten an, in der Jugendliche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als eine potenziell gefährliche Gruppe erscheinen (vgl. Mierendorff/Olk 2002: 123). Zudem beschreibt er pädagogische Praxen, in denen Jugendliche als mangelhaftes Subjekt behandelt werden. Diesen problematisierenden Blick auf die Position von Jugendlichen zu hinterfragen und ihm einen positiven Umgang entgegenzusetzen entfaltet in der Praxis der Selbstorganisation eine weitere Dimension des Empowerments, die über eine Antidiskriminierung im Zusammenhang mit Rassismus und Aufenthaltsstatus hinausgeht. Die IYC zielt insgesamt auf eine Selbstverteidigung von Communitys, die durch unterschiedliche Gesellschaftsstrukturen marginalisiert werden, wobei sich diese Strukturen in der Analyse wiederum als Kriminalisierung zusammenfassen lassen.

Die Re-Fokussierung von Reformkampagnen hin zu einem Kampf gegen Kriminalisierung ist ein wichtiger Faktor in der Transformation der Bewegung undokumentierter Jugendlicher. Sie hat zu deren Ausdifferenzierung beigetragen, neue Verbindungen zu anderen sozialen Kämpfen und Bewegungen eröffnet und ist zentraler Ansatzpunkt der bereits beschriebenen intersektionalen Organisation (siehe Kapitel VI.1.1). Die Neuausrichtung auf den Kampf gegen Kriminalisierung steht zudem in einem wechselseitigen Wirkungsverhältnis mit der im vorangegangenen Unterkapitel beschriebenen Ablehnung des tendenziell assimilationistischen und exklusiven Dreamer-Narrativs. Stattdessen entwickeln die Selbstorganisationen inklusivere Narrative, die undokumentierte Erwachsene sowie andere People of Color umfassen und die die Kämpfe der am meisten Betroffenen in den Mittelpunkt stellen.

2.2 Zwischen Radikal- und Reformpolitik

Im Folgenden untersuche ich die politische Ausrichtung der migrantischen Selbstorganisationen, die eng mit den Zielen sowie der Entstehungsgeschichte der jeweiligen Gruppen zusammenhängt. Während JoG aus einer Gesetzeskampagne in enger Zusammenarbeit mit Unterstützenden heraus entstanden ist und neben einer strukturell radikalen Positionierung auf Reformen hinarbeitet, sind IYC & CIYJA im Zuge einer Veränderung der Bewegung entstanden und setzen auf eine weitgehend autonome und radikale Positionierung gegen Migrationskontrollen und -politiken, wobei sie an die sozialen Bewegungen von People of Color in Amerika anschließen. Die Einbettung von Positionierungen, Narrativen und Forderungen in ein umfassenderes Weltbild bezeichne ich zudem mit einem emischen Begriff von Ideologie, den verschiedene Interviewte eingebracht haben (U4: 112; U7: 4ff.; D2: 53; D3: 39), wobei im Einklang mit Laclau und Mouffe (2006: 102ff.) und im Anschluss an Gramsci Ideologie nicht als ‚falsches Bewusstsein‘ von Ideen, sondern als materielles und relationales Bezugssystem zu begreifen ist. In diesem Zusammenhang arbeite ich bei JoG eine Politikperspektive heraus, die verschiedene Elemente pragmatisch verknüpft, wohingegen sich bei IYC & CIYJA eine ideologisch verdichtete Weltanschauung etabliert hat.

2.2.1 Pragmatische Politikperspektive: Absolute Ziele, relative Kommunikation

Sowohl die Forderung nach Bildung als auch die nach Bleiberecht sind bei JoG verbunden mit einer pragmatischen Politikperspektive. Das Ziel eines gleichberechtigten Bildungszugangs geht unmittelbar von den Bedürfnissen der betroffenen Jugendlichen aus, entspricht zugleich den in hegemonialen Diskursen artikulierten Werten und kann somit durch eine reformorientierte Strategie an diese Diskurse angeschlossen werden. Die Forderung nach einem „Bleiberecht für alle“ setzt ebenfalls unmittelbar bei der Lage der Jugendlichen an, verfolgt jedoch ein Ziel, durch das die nationale Ordnung des Sozialen potenziell infrage gestellt wird. Da die Forderung nach Bleiberecht allerdings von einer Gruppe jugendlicher Flüchtlinge ausgeht, die nach herrschenden Maßstäben als integriert und leistungsbereit gelten können, wird sie innerhalb hegemonialer Strukturen eher anschlussfähig. Insofern JoG versucht, diese Gelegenheitsstrukturen zu nutzen, um die prekäre Lage der Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus zu verbessern, entwickeln sie eine Ausrichtung, die Reform- und Radikalpolitik verbindet.

Aus den unterschiedlichen Positionierungen, Forderungen und Strategien von JoG ergibt sich eine pragmatische Politikperspektive, aus der die geflüchteten Jugendlichen grundlegende Kritik an der bestehenden Migrationspolitik üben und zugleich, entsprechend den sich bietenden Gelegenheiten, partiell deren Strukturen folgen. Während die Forderung nach unbegrenztem Bleiberecht eine politische Positionierung impliziert und auf ein „konfrontatives Verhältnis“ zum Staat verweist, habe JoG zugleich ein „reformistisches Verhältnis“ zum Staat, erläutert Patrick (D3: 39ff.). Sie nehmen hierbei die Position einer Interessenvertretung von geflüchteten Jugendlichen ein, die „innerhalb der Behörden und des Staates nach Verbündeten“ suchen (D3: 39). Die politischen Praxen sind weder durch eine umfassende Ideologie geprägt noch durch vermeintliche Handlungszwänge und Vorgaben der herrschenden Ordnung eingehegt. In einer längeren Interviewpassage reflektiert JoG-Mitgründer Deniz diese Ausrichtung. Einerseits übe JoG eine deutliche Kritik aus, andererseits würden sie sich auch danach richten, was sie als „realpolitische Zwänge“ erkennen, um mit Politiker_innen ins Gespräch zu kommen und diese beeinflussen zu können:

„Wir sind kritisch, teilweise sehr kritisch, das wird uns auch immer von den Politikern, von den Organisationen gesagt, manchmal von den Geldgebern, die Bedenken haben uns zu unterstützen, weil wir z. B. ihrer Ansicht nach zu krasse Forderungen haben oder zu krass das Ganze zum Ausdruck bringen. Aber auf der anderen Seite, dass wir auch, auch wenn es bisschen blöd klingt, realpolitische Zwänge beachten oder realpolitische Grenzen kennen und uns auch ein bisschen danach richten, nehmen uns die Politiker ernst und meinen nicht grundsätzlich, dass wir utopische Vorstellungen haben und dass wir nur etwas wünschen wollen, dass nicht geht und krass ist und deswegen mit uns überhaupt nicht sprechen.“ (D7: 22)

Indem die Jugendlichen die Begrenzung von Äußerungsmodalitäten in staatlichen Institutionen beachten, gelingt es ihnen trotz einer grundsätzlich kritischen Haltung mit Politiker_innen ins Gespräch zu kommen und diese so potenziell zu beeinflussen.

In ihrer Ausrichtung sind die geflüchteten Jugendlichen dabei mit gegensätzlichen Erwartungshaltungen und Wertungen konfrontiert. Während die Forderungen von JoG

einerseits Politiker_innen und Geldgeber_innen häufig zu weit gehen, sind sie andererseits für ältere Flüchtlingsselbstorganisationen oftmals nicht radikal genug (D7: 22, 26). JoG sei von anderen Selbstorganisationen kritisiert worden, „die da berechtigterweise weitergehende Forderungen haben und auch das ganze System grundsätzlich hinterfragen“, wobei sie Fluchtursachen, Kolonialismus und die Beteiligung westlicher Staaten an Kriegen kritisieren (D7: 26). Deniz glaubt aber, die anderen Selbstorganisationen hätten verstanden, „dass wir da nicht etwas anderes wollen als die, nur in unseren Mitteln einfach anders sind und vielleicht die Wege anders sind“ (D7: 26). Ihnen sei es aber in erster Linie nicht um „ganz große Parolen“ gegangen, sondern um die Verwirklichung ihrer Ziele angesichts einer Lage, in der „tagtäglich Menschen abgeschoben werden“ (D7: 22). Das Spannungsverhältnis zwischen einer konkreten Verbesserung für Einzelne und einer potenziellen Veränderung für alle wird hierbei nicht einseitig aufgelöst, sondern strategisch vermittelt: „Und wir müssen letztendlich auch den Kompromiss machen zwischen Einzelfalllösung und zwischen einer grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft, der Politik des Staates. Sodass wir versucht haben, immer auch für uns Kompromisse zu finden, die nicht einfach waren.“ (D7: 22)

Während die Forderungen und Ziele von JoG im Kern radikal sind, haben sie eine vermittelnde Strategie entwickelt, damit Politiker_innen ihnen überhaupt zuhören und sich mit ihnen treffen. Ausgehend von der Positionierung des existenziellen Aktivismus einer Selbstorganisation von Jugendlichen mit unsicherem Aufenthaltsstatus bekommt die Aussicht auf eine tatsächliche Wirkmächtigkeit dringende Bedeutung. Deniz begründet ihre Motivation für eine pragmatische Strategie daher damit, dass sie „tatsächlich den Zugang haben“ und nicht „nur draußen“ sein wollten: Eine Außenseiterrolle, in der sie „selbst zwar laut seien und schreien, aber keiner uns zuhört“ (D7: 28), in der ihre Äußerungen mit Rancière gesprochen nur als Lärm, nicht aber als Rede vernommen werden (2002: 34, 41). Außerdem hätten sie es angesichts der fortlaufenden Abschiebungen als notwendig erachtet, nicht nur einen grundlegenden Wandel in der Zukunft anzustreben, sondern kurzfristig konkrete Veränderungen für die Betroffenen zu erreichen, auch wenn sie hierzu Kompromisse eingehen müssen (D7: 28). Neben den Bleiberechtsregelungen ist die zunehmende Anerkennung von geflüchteten Jugendlichen als politische Akteure für Omar daher eine der wesentlichen Veränderungen, da JoG so die Interessen von geflüchteten Jugendlichen vertreten kann: „Wir konnten irgendwie mit ‘nem Briefkopf von JoG uns mit Politikern treffen. Vorher haben sich wenige Politiker mit Geduldeten und gerade mit Jugendlichen getroffen.“ (D9: 22) JoG passen sich somit teilweise an die politische Rationalität staatlicher Institutionen an, um ihre in diesem Sinne vermittelte Kritik vernehmbar zu machen. Insbesondere bei kurzfristigen Forderungen seien Erfolge zudem wichtig gewesen, um langfristig Jugendliche zur Beteiligung zu motivieren: „Dennoch sollten die Forderungen anderer Gruppen nicht geschwächt und keine Personen durch die Forderungen ausgeschlossen werden.“ (Kanalal 2015: 9) Während JoG wie andere Selbstorganisationen auch für globale Bewegungsfreiheit und insbesondere ein allgemeines Bleiberecht eintritt, haben sie eine Strategie entwickelt, um diese Ziele im Kontext hegemonialer Strukturen zu vermitteln und ihnen in kleinen Schritten näher zu kommen. Dieses Verhältnis von strukturell radikalen Zielen und pragmatischer Strategie untersuche ich nun hinsichtlich der Forderung „Bleiberecht für alle“ und der Bezeichnung „ohne Grenzen“ im Namen von JoG.

Die Forderung nach einem unbeschränkten Bleiberecht ist konstitutiv für die politische Positionierung und Ausrichtung von JoG, auch wenn sich die Jugendlichen darüber bewusst sind, dass sie nicht unmittelbar und kurzfristig in ein Gesetz übersetzt werden kann. Mesut beschreibt „Bleiberecht für alle“ als ein utopisches Ziel, das kaum erreicht werden könne, und betont trotzdem dessen Bedeutung für JoG (D8: 20, 142): „Wenn man halt kleinere Ziele hat, dann ist auch die Motivation dementsprechend kleiner und man ist dann schneller zufriedener, aber wenn man so 'ne hohen Ziele setzt und daran arbeitet, dann erreicht man diese kleinere Ziele automatisch und dann arbeitet man an so großen Ziel heran.“ (D8: 20) Strategisch sei es somit klug, hoch gesetzte Ziele zu haben, weil diese langfristig motivieren und in der Ausrichtung der Praxis darauf kleinere Ziele quasi beiläufig erreicht werden können. Die utopische Forderung nach Bleiberecht ist ein politischer Horizont, an dem sich die Selbstorganisation in der Praxis orientiert, ohne ihn direkt erreichen zu können. Im Kontext eines Migrationsregimes, das Nicht-Bürger_innen prinzipiell kein Aufenthaltsrecht zuspricht, ist es subversiv „Bleiberecht für alle“ zu fordern. Die Forderung hinterfragt grundlegend die Nationform, die auf eine souveräne Eingrenzung des Staatsvolks und -gebiets abzielt, und ist entgegen dieser unbegrenzt inklusiv, da das „alle“ keinerlei Selektivität zulässt. Das Egalitäre der Forderung „Bleiberecht für alle“ durchkreuzt prinzipiell jegliche Einteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Migrant_innen. Die Forderung symbolisiert somit eine radikale Positionierung von JoG, ohne dass diese jedoch als solche artikuliert werden würde: „‚Bleiberecht für alle‘ ist ja eigentlich 'ne Forderung, die den Staat grundsätzlich infrage stellt. Wenn der Staat nicht mehr bestimmen kann, wer zu seinem Staat gehört oder nicht, dann verliert er sein zentrales Abgrenzungsmerkmal. Aber es ist jetzt nicht so, dass JoG 'ne ideologische Organisation ist.“ (D3: 41) Insgesamt artikuliere JoG keine „ideologische Kritik an der repräsentativen Demokratie oder an der Marktwirtschaft, am kapitalistischen Wirtschaftssystem“ (U3: 49), sondern der „Pragmatismus steht auf jeden Fall im Vordergrund“ (U3: 51). Die Ausrichtung auf ein unbegrenztes Bleiberecht ist hierbei mit dem pragmatischen Ansatz von JoG kompatibel.

Durch ihren Einsatz für ein unbegrenztes Bleiberecht sowie durch die Aneignung einer politischen Subjektivität und Sprechposition sind JoG strukturell radikal positioniert. Dennoch vermeiden sie durch (links-)radikale Ideologie geprägte Forderungen und Narrative. Im Unterschied zu anderen Bewegungen gebe es beispielsweise auch nicht die „Polizei als Feindbild“, dies würde schon eher auf die Innenminister zutreffen. Allerdings würde JoG „die radikalen Aufrufe mit ‚Innenministerkonferenz abschaffen‘ oder ‚Smash IMK‘“ nicht mitunterzeichnen (D3: 53). Der Abstand von links-radikalen Narrativen ist jedoch nicht nur strategischer Kommunikation geschuldet, sondern entspricht auch der ideologisch diversen Positionierung der verschiedenen JoG-Mitglieder und der insgesamt weitgehend unbestimmten Ideologie der Gruppe. So erläutern einige JoG-Mitglieder, dass sie nicht in erster Linie gegen die Innenministerkonferenz (IMK) seien, weshalb sie auch nicht als JoG hinter der Forderung „No IMK“ stehen würden. Ihnen gehe es stattdessen vor allem darum, die Innenminister mit ihren Forderungen zu erreichen und die Anliegen von JoG voranzubringen (Feldnotizen). Während JoG durchaus ideologische Elemente einer No Border Bewegung artikuliert, etwa in Slogans bei Demonstrationen, steht prinzipiell eine Ausrichtung auf konkrete Verbesserungen ihrer Lage im Vordergrund. Gerade im Gegensatz zu linken Gruppen kann JoG als eine ideologisch relativ unbestimmte Organisation beschrieben

werden, deren politische Praxis nicht in ein festes und umfassendes Weltbild eingebunden ist, sondern die unmittelbare Verbesserungen für direkt Betroffene fokussiert und daher versucht, diese durch wechselnde Bezüge zu erreichen.

Neben der radikal egalitären Forderung nach Bleiberecht offenbart sich auch in Bezugnahme auf das ‚ohne Grenzen‘ im Gruppennamen eine strukturell radikale Positionierung bei vielen JoG-Mitgliedern. So verweist der Name auf einen politischen Konflikt: zwischen den idealen „Jugendlichen ohne Grenzen“ und den realen Jugendlichen *mit* Grenzen, dem Ausschluss von Rechten, der ihre Subjektivität durchzieht. Der Gruppenname selbst hat für viele nicht unbedingt einen hohen Stellenwert, wird aber mit grundsätzlichen Anliegen in Zusammenhang gebracht. Während der Name zunächst darauf verweise, dass „das Ganze von Jugendlichen ausging“, habe das ‚ohne Grenzen‘ eine vielfache Bedeutung, erläutert Mitgründer Deniz (D7: 40): Erstens für eine Selbstorganisation ohne interne Grenzen zwischen den Personen und Positionen (die sich also auch nicht auf bestimmte Herkunftsländer beschränkt), zweitens für einen Kampf ‚ohne Limit‘, der sich drittens gegen alle Grenzen in und um Europa richtet (D1: 18; D2: 57; D7: 40; D8: 48; D11: 30; D14: 21). Für andere JoG-Mitglieder hat das ‚ohne Grenzen‘ ebenfalls eine mehrfache Bedeutung. Es richtet sich gegen staatliche Grenzen, wie jene der Residenzpflicht, und ist auch mit Praxen des Ungehorsams, der Grenzüberschreitung verknüpft (D11: 30). Darüber hinaus hätten sie auch selbst „keine Grenzen im Kopf“ (D11: 30; D9: 28), und richten sich gegen rassistische Grenzen, durch die Menschen kategorisiert und diskriminiert werden. Auch Rojda betont, sie würden „die Grenzen, die vorgegeben werden, nicht akzeptieren, weil wir auch selber keine Grenzen bauen“ (D2: 57). In der grundsätzlichen Kritik an Grenzziehungen und der Forderung nach Abschaffung nationaler, rassistischer und anderer diskriminierender Grenzen zeigt sich bei JoG strukturell eine radikalpolitische Ausrichtung. Diese wird nur selten als solche benannt, kann in ihrer Haltung aber dennoch in der Tradition abolitionistischer Kämpfe gesehen werden, „die auf die vollständige ‚Abschaffung‘ grundlegender Unrechtssysteme zielten“ (Georgi 2014: 112). Dies artikuliert JoG auf seinen Demonstrationen öffentlich, wenn ‚No Border, No Nation, Stop Deportation‘ skandiert wird. Insgesamt ist diese radikale Position jedoch selten explizit und oftmals eher indirekt Teil der politischen Praxen von JoG.

JoG vertreten mit ihrer Positionierung, ihren langfristigen Forderungen und sogar ihrem Namen eine strukturell radikale Position, die sie in der Regel aber nicht als solche artikulieren. Die JoG-Aktivist_innen lehnen überwiegend eine Selbstbeschreibung als radikale Gruppe ab, nicht zuletzt, da diese Bezeichnung in ihrer alltäglichen Bedeutung einseitig mit Militanz verbunden wird. So überlegt Zalina, inwiefern sich das zum Teil relativ kooperative Verhalten von Politiker_innen und Behörden daraus ergebe, dass JoG nicht als „radikale Organisation“, sondern wie bereits oben beschrieben als „friedliche Jugendliche“ wahrgenommen werden – die zudem weitgehend den herrschenden Vorstellungen von Integration entsprechen (D11: 76). Zalina weist in diesem Zusammenhang ebenso eine Interpretation ihrer Forderung „Bleiberecht für alle“ als „radikal“ zurück:

„Ich find’ nicht, dass das ’ne radikale Forderung ist. Das ist unser Recht und das ist, wie soll ich sagen, unsere Demos sind auch nicht radikal, die sind immer sehr bunt und sehr fröhlich und wir fordern unsere Forderungen und wenn sie sagen: ‚Nein, kriegt ihr nicht.‘ Dann machen wir ein-

fach weiter, aber auch nicht so, dass wir jetzt sagen: ‚Nee, dann besetzen wir die Ausländerbehörde und bewerfen euch mit Steinen oder so was.‘ Sondern wir machen das auf ’ne andere Art, wir zeigen euch wie wir leben und wie wir sind, und dass wir in unsere Heimatländern zum Beispiel gute Schulabschlüsse hatten und dass wir gebildete Jugendliche sind, die hier was machen wollen. Nicht auf einer radikalen Art, sondern auf so einer Informationsart oder ich weiß nicht wie ich das nennen soll.“ (D11: 84)

Gerade, dass Zalina das von ihr deklarierte Recht auf Bleiberecht nicht als revolutionäre, radikale Forderung, sondern als Selbstverständlichkeit darstellt, ist durch die damit verbundene Gegen-Normalisierung subversiv und strukturell radikal, indem es die aufenthaltsrechtliche Souveränität des Staates indirekt infrage stellt. Die Selbstverständlichung ihres Aufenthalts, die innerhalb der Selbstorganisierungen dem Stigma einer migrantischen Position entgegenwirkt (siehe Kapitel VI.3.2), wird hier auf externe Interventionen übertragen. Zugleich zeigt sich der pragmatische JoG-Ansatz in einer Kompatibilität mit dem herrschenden Integrationsdiskurs, auch wenn Zalina diesen kritisiert. Anstatt einer verbalen Radikalität und dem Bestehen auf absoluten Forderungen, setzen die Jugendlichen beharrlich darauf, den Widerspruch zwischen ihrer faktischen Entrechtung und ihrer normativ geltenden Berechtigung zu demonstrieren, um so sukzessive ihre Forderungen durchzusetzen: „Ich weiß nicht, ob es jemals dazu kommen wird, dass es eine Bleiberechtsregelung wirklich für alle geben wird. Aber man kann’s ja versuchen, warum nicht. Man kann langsam anfangen und immer mehr und mehr fordern und irgendwann dürfen vielleicht alle bleiben.“ (D11: 86) Anstatt bereits jetzt auf absoluten Forderungen zu bestehen, setzen sie auf eine Strategie der Beharrlichkeit, die ihre Forderungen über eine relative Kommunikation vermittelt.

Farid beschreibt ebenfalls diese beharrliche Strategie der demonstrativen Normalisierung von geflüchteten Jugendlichen und ihres Anspruchs auf Gleichbehandlung. Dieser werde nicht in einer kämpferischen, aggressiven Konfrontation artikuliert, sondern über eine höfliche Umgangsweise vermittelt: „Wir sagen zu den Politikern in Deutschland: ‚Wir als Jugendliche wollen so was wie [...] alle Jugendlichen in Deutschland, egal Flüchtlinge oder Bürger von Deutschland oder Europa. Wir wollen alle Bleiberecht und wir wollen Bildung für alle. Also wir versuchen alles in einem *polite manner* sozusagen.“ (D5: 20) Diese Vermittlung in einer *polite manner* und den Vorzug von kooperativer Interessenvermittlung grenzt Farid ab von militanten Demonstrationen in anderen Ländern. Die Wahl der Narrative, Strategien und Aktionsformen muss hier auch in einem Zusammenhang mit den Geschichten der Jugendlichen verstanden werden, die in Herkunftsländern oder auf der Flucht häufig unmittelbar mit gewalttätigen Auseinandersetzungen sowie fundamentalistischen Ideologien konfrontiert waren. Neben der Unsicherheit, die Jugendliche aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status sowie ihrer Rassifizierung erfahren, und der alltäglichen Gewalterfahrung und -drohung des deutsch-europäischen Migrationsregimes, sind auch traumatische Gewalterfahrungen vor ihrer Ankunft in Deutschland sowie die im Verhältnis positive Einschätzung der relativ liberalen und rechtsstaatlich organisierten Staatsapparate der Bundesrepublik bedeutende Faktoren für die durch Selbstorganisierungen gewählten Interventionsformen.

Die Begründung ihrer Forderungen geht bei JoG kaum von einem festen und umfassenden Weltbild aus. Vielmehr wirkt Fassungslosigkeit, Frustration und Wut über

die eigene Entrechtung sowie die sich daraus entwickelnde Haltung des Nicht-Hinnehmens als konstitutives Bindeglied (D3: 45). Außerdem ist es ein Grundsatz von JoG, sich nicht (partei-)politisch zu binden. Für Mesut ist darüber hinaus der Anspruch politischer Neutralität in Bezug auf die Unterscheidung von Links und Rechts wichtig: „JoG versucht ja ganze Zeit von irgendeiner politischen Richtung so halt fernzubleiben. Also wir sind jetzt, wir sagen nicht, wir sind links, wir sagen nicht, wir sind rechts oder Mitte oder wir sind nicht SPD-Sympathisanten. Also davon versuchen wir uns ’n bisschen fernzuhalten.“ (D8: 16) Auch wenn andere Aktive bei JoG ihre Initiative vermutlich als ein linkes Projekt begreifen würden und dieses von außen als strukturell links-emanzipatorisch beschrieben werden kann, ist dieser Anspruch einer gewissen politischen Neutralität insbesondere aus zwei Gründen wichtig: Erstens geht es um eine Unabhängigkeit von Parteien sowie Organisationen, die sich einer bestimmten Strömung zuordnen, und denen gegenüber die relative Autonomie der Selbstorganisation gewahrt wird; zweitens geht es um einen Zusammenschluss unterschiedlicher politischer Positionen auf einem breiten politischen Spektrum innerhalb der Gruppe, der eben nicht über die Positionierung als ‚links‘, sondern über die Positionierung als selbstorganisierte geflüchtete Jugendliche vollzogen wird.

JoG steht zudem in einem Spannungsverhältnis zu ideologisch bestimmten rassistisch-kritischen Ansätzen von „Critical Whiteness“ und einer strikten Trennung von Betroffenen und Unterstützenden, wie sie teilweise in Flüchtlingsprotesten mit der Unterscheidung von citizens und non-citizens umgesetzt wurde (vgl. Kanalan 2015: 9f.). Daher seien die Flüchtlingsproteste, die 2012 in Deutschland aufkamen, durch ihre Aktionsformen wie Hungerstreiks und lange Protestmärsche sowie durch deren ideologische Ausrichtung – insbesondere hinsichtlich der strikten Trennung von Betroffenen und Unterstützenden – „nicht wirklich anschlussfähig“ gewesen, sagt Patrick. In diesem Vergleich zeigt sich auch die „pragmatische Ausrichtung“ von JoG: „Bei JoG gibt’s einfach mit vielen Themen einen deutlich entspannteren Umgang, würd’ ich mal sagen, das ist nicht ideologisch so aufgeladen.“ (D3: 57) Symptomatisch für diesen Unterschied ist eine Situation bei der *Refugee Struggles Conference* in München, als JoG-Mitglieder von einem Raum für Betroffene ausgeschlossen wurden, mit der Begründung, sie hätten einen relativ sicheren Aufenthaltsstatus und könnten sich nicht mehr als „non-citizens“ identifizieren. In einer anschließend veröffentlichten Stellungnahme hat JoG den Vorfall kritisiert:

„Einige unserer Aktivist_innen wurden aufgrund ihres mittlerweile gesicherten Aufenthaltsstatus als ‚citizens‘ markiert und von dem Plenum der ‚non-citizens‘ ausgeschlossen. Und das, obwohl sie mehrere Jahre mit Duldung und/oder Aufenthaltsgestattung unter diskriminierenden, menschenunwürdigen Umständen leben mussten und genau wissen, was es heißt, jeden Tag von der Abschiebung bedroht zu sein.“ (JoG 2013)

Die Stellungnahme bezieht sich ebenfalls auf die Auseinandersetzungen um *Critical Whiteness* beim *No Border Camp* 2012 in Köln und kommt zu dem Schluss: „Wir sind der Ansicht, dass eine Konzentration auf Theorien, die zur Spaltung der gemeinsamen Sache führen, den Kämpfen gegen diskriminierende und rassistische Sondergesetze schadet.“ (Ebd.) Rojda erklärt den Eklat auf der Konferenz in München daher vor allem mit einer Differenz in der ideologischen Ausrichtung (D2: 53; D1: 86). Bei JoG wird eine bestimmende Funktion von Ideologien bzw. Theorien kritisch betrachtet und

eine praxis- und erfahrungsorientierte Haltung präferiert. Insofern das eigene Handeln dabei nicht durch die Autorität einer Ideologie in Schrift oder Rede legitimiert werden muss, sondern sich auf die Maßstäbe einer/s jeden stützt, kann gerade in dieser Haltung eine radikale Demokratie gesehen werden.

2.2.2 Radikale Politikperspektive: Jenseits von Reform und Staatsbürgerschaft

Die Ausrichtung auf einen umfassenden Kampf gegen Kriminalisierung und die Priorisierung der am meisten betroffenen Subjekte sind in Kalifornien verbunden mit einer Politikperspektive, die überwiegend als radikal bezeichnet werden kann, was sich auch in den Selbstbeschreibungen zeigt. So stellt Luis S. intersektionale Kämpfe in einen Zusammenhang mit der Notwendigkeit grundlegenden Wandels:

„I do want undocumented people that are intersectional conscious of how everything intersects and I think undocumented people question the government that we have in place and really try to change that government, because our lives are not gonna change unless we change the system that is in place right now, which is keeping everyone down. And it's something that we not be gone through reform, sadly, we can't reform.“ (U12: 120)

Die Analyse der Zusammenhänge verschiedener Herrschaftsverhältnisse führt Luis S. und andere Organizer der IYC zu einer fundamentalen Systemkritik und damit zu einer skeptischen Sicht auf reformpolitische Strategien. Es ist die Fokussierung auf die Lage und Kämpfe der am meisten betroffenen Subjekte von der ausgehend die IYC, wie sie es in ihrem oben zitierten Selbstverständnis beschreibt, darauf abzielt, ein radikales Bewusstsein aufzubauen („to build radical consciousness“). In einem Gespräch verdeutlicht Jonathan die radikale Herrschaftskritik, indem er die IYC als anarchistisch bezeichnet, auch wenn sie diesen Begriff nicht in ihrer öffentlichen Selbstbeschreibung nutzen würden, da er in den USA stigmatisiert sei und die Rede von Revolution Leute abschrecken würde.

Eine radikale Politikperspektive erfordert hierbei das Festhalten an absoluten Zielen, auch wenn sich diesen Zielen nur schrittweise angenähert werden kann. Der radikale Politikansatz ist für Edna daher durch eine langfristige Perspektive motiviert, wobei Hoffnung auf folgende Generationen gesetzt wird: „That a lot of the work we are doing, we are not gonna see the fruits of it, we gonna die, and whoever is after us, is gonna pick up and continue. And that's why we cannot let ourselves be corrupted with power and money and like that type of stuff.“ (U16: 68) Die Vorstellung, dass folgende Generationen der Bewegung an die eigene politische Arbeit anknüpfen können kompensiert nicht nur ein Stück weit die geringe Wahrscheinlichkeit, unmittelbar mit einer radikalen Strategie wirksam zu werden, sondern lässt umgekehrt die Inkaufnahme von Kompromissen für kurzfristige Gewinne falsch erscheinen.

Die undokumentierten Jugendlichen von IYC & CIYJA haben eine skeptische Haltung gegenüber Politiker_innen und staatlichen Institutionen entwickelt. Sie sehen diese als Teil eines politischen Systems, das sie radikal infrage stellen. Folglich nehmen sie in Kampagnen und ihren Interventionsformen meist eine *outside role* ein, insofern sie sich in einem offenen Antagonismus zum erweiterten Staat in den USA positionieren. Für die IYC ergibt sich radikale Politik jedoch nicht aus waghalsigen Aktionen und der Inszenierung von Militanz, sondern aus einer Haltung und Ideologie,

die sich auf die individuelle und kollektive Selbstbestimmung bezieht und die sich gegen intersektionale Herrschaftsverhältnisse stellt (U7: 6). Die radikale Ausrichtung der IYC ergibt sich also weniger aus den Interventionsformen, sondern aus ihrer Perspektive gesellschaftlicher Veränderung. Dies zeigt sich in einer grundsätzlichen Infragestellung der Bedeutung von Gesetzesreformen und Staatsbürgerschaft, was ich im Folgenden analysiere.²

Zum ersten wird durch die Transformation der Bewegung eine Ausrichtung auf Gesetzeskampagnen und -reformen hinterfragt. Während sich die Bewegung undokumentierter Jugendlicher in ihrer Entstehungsphase maßgeblich für den DREAM Act sowie eine sogenannte *comprehensive immigration reform* eingesetzt hatte, wird diese Fokussierung mittlerweile zugunsten des primären Ziels der De-Kriminalisierung infrage gestellt: „Our movement is no longer about legislation. I think a lot of us no longer have a whole lot of hope in immigration reform or the dream act or any piece of legislation that’s gonna solve the problem. I think for us the issue is criminalization.“ (U9: 10; U18: 34) Gesetze werden nicht als mögliche oder gar abschließende Lösungen gesehen, sondern eher als Instrumente, auf die sie in ihren Kämpfen partiell zurückgreifen. Aiko nennt hier das Beispiel des 2014 vom Bundesstaat Kalifornien verabschiedeten TRUST Act, durch den die Zusammenarbeit lokaler Polizeibehörden mit der Migrationspolizei ICE eingeschränkt wird. Im Vergleich zu den Forderungen ihrer Kampagne von 2013 sei dieses Gesetz zwar „very watered down“ und unzureichend implementiert gewesen, dennoch konnte es von der Bewegung in ihrem Kampf gegen Abschiebung und Inhaftierung eingesetzt werden (U8: 8). Der TRUST Act wurde so zu einem Mittel, um Politiker_innen zur Verantwortung zu ziehen und Abschiebefälle öffentlich als „TRUST Act violations“ (U17: 18, 28) zu skandalisieren.

Die interviewten Mitglieder von CIYJA & IYC haben dennoch eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber der Gesetzgebung. Die Jugendlichen setzen keine Hoffnung in eine Reform der Migrationspolitik im Rahmen des etablierten Migrationsregimes: „We want to stop deportations and the criminalization of immigrants, it has nothing to do with immigration reform, immigration reform actually furthers the criminalization and incarceration of immigrants.“ (U12: 78) Luis S. spielt darauf an, dass die Gesetzespakete der in den letzten Jahrzehnten debattierten Reformentwürfe stets massive Verschärfungen von Migrationskontrollen beinhaltet haben (siehe Kapitel IV.1.2). Alex wendet sich in diesem Zusammenhang gegen das in der US-amerikanischen Debatte virulente Argument, dass die Migrationspolitik nicht mehr funktioniere:

„Immigration reform is not broken. It’s working perfectly to the system, that’s what they want. And they gonna reform it, they gonna give us piece meals, like you stay, you go, but it’s gonna continue to be the United States, where some people are not welcome. When you’re poor, you’re not welcome, you have money, then come in, through the right door.“ (U5: 75)

Das bestehende Migrationsregime entspricht somit der herrschenden Gesellschaftsordnung der USA, wobei entsprechend deren nationalem Eigeninteresse nur vereinzelt

2 Die folgenden Ausführungen greifen auf Analysen zurück, die teilweise in einem Working Paper und einem Artikel veröffentlicht wurden (Schwartz 2015b; 2016b).

Rechte gewährt werden. Zudem könnte hier die Äußerung von Alex in dem Sinne weitergedacht werden, dass die relative Durchlässigkeit der Grenzen in Verbindung mit der Illegalisierung von Migration produktiv wird, da dies eine prekarierte Überausbeutung von Arbeitskräften ermöglicht (vgl. De Genova 2002). In diesem Sinne ist das bestehende ‚immigration system‘ nicht dysfunktional, sondern äußerst wirksam. Der Einsatz für ein verbessertes oder ‚humaneres‘ Grenzregime erscheint in diesem Zusammenhang nicht zielführend. Gesetzesinitiativen werden daher nur als Teil einer umfassenderen Auseinandersetzung gesehen: „Because it’s not only changing a little piece of legislation, it’s actually changing a whole system that still gives advantages to some people or others and keep some people in poverty, with lack of resources, with lack of safety and exploits a lot of our community members.“ (U3: 22)

Die radikale Politikperspektive zeigt sich neben der skeptischen Sicht auf Gesetzesreformen zum zweiten darin, dass die Jugendlichen die Bedeutung von Staatsbürgerschaft grundlegend infrage stellen. Aufgrund der anhaltenden Entrechtung in den USA und der alltäglich drohenden Abschiebung von Freund_innen, Familien- und Community-Mitgliedern wollen viele keine US-amerikanischen Staatsbürger_innen werden. Yessica sieht hierin auch ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Bewegung undokumentierter Jugendlicher: „We are not just fighting for citizenship as opposed to all these other organizations. [...] A legislation isn’t gonna make a change and citizenship is not the answer.“ (U18: 118) Diese kritische Sicht auf Bürgerschaft gründet zum einen darin, dass durch eine Legalisierung der anwesenden undokumentierten Migrant_innen der Ausschluss zukünftiger Migrant_innen fortbesteht oder gar verschärft wird, und zum anderen in der substantiellen Limitierung des formalen Bürgerstatus durch intersektionale Machtverhältnisse, was ich nun näher erläutere.

Zum einen wird die herrschende Form von Staatsbürgerschaft hinterfragt, da durch diese Migrant_innen nicht als kommende Bürger_innen gesehen, sondern als Nicht-Bürger_innen mehrheitlich ausgeschlossen werden. Die Forderung nach US-amerikanischer Staatsbürgerschaft für die Anwesenden wird daher nicht als nachhaltige Lösung gesehen, da jede partielle Legalisierung dazu führt, dass die verbleibenden und kommenden Migrant_innen ohne legalen Status verstärkt von den Kontrollen des Grenzregimes fokussiert werden: „By giving everybody status who is currently here, that’s not gonna change the future migration cycles.“ (U18: 116) Janeth von IDEAS sieht die Fokussierung auf Staatsbürgerschaft aus dem gleichen Grund kritisch, „because citizenship isn’t gonna solve everything. There is gonna be more immigrants later on, even if we get an immigration reform today or tomorrow“ (U11: 24). Wenn die Bewegung undokumentierter Migrant_innen nur darauf abzielen würde selbst Staatsbürger_innen zu werden, würden sie sich indirekt an Grenzziehungen beteiligen, erläutert Alex: „We just gonna swift power completely to one side and neglect the other people. For example, if we give citizenship to all these people here in the US, we just gonna create a huge border to the new immigrants that are coming, the generations to come.“ (U5: 77) Da ihre Inklusion auf der einen Seite indirekt die exkludierenden Effekte auf der anderen Seite reproduziert kritisieren die undokumentierten Jugendlichen grundsätzlich das Konzept von Citizenship und reflektieren somit, dass jede beschränkte Staatsbürgerschaft andere ausschließt (vgl. Benhabib 2004)

Zum anderen wird die Form der Staatsbürgerschaft infrage gestellt, da der formale Status der Bürger_innen in einem Widerspruch steht zu substantiellen Limitierungen aufgrund der intersektional wirkenden Herrschaftsverhältnisse von Klasse, Gender und

Race, die den Nationalstaat durchziehen. Ihre eigenen Rassismuserfahrungen sowie die Diskriminierung und Kriminalisierung von Schwarzen US-Bürger_innen führt viele Jugendliche dazu, die Bedeutung von Staatsbürgerschaft für sich selbst und insgesamt infrage zu stellen: „Getting papers is not gonna change how we are oppressed as minorities or as people of color.“ (U12: 28) So betont auch Luis O. von CIYJA, dass eine Einbürgerung nicht ihre Diskriminierung und Kriminalisierung aufheben würde: „So whether or not you have papers, that doesn't solve your problem at the end.“ (U9: 10) Selbst wenn undokumentierte Jugendliche of Color bestimmte Rechte erhalten, wissen sie um deren substantielle Limitierung. Dieses kritische Bewusstsein drückt sich in einem Slogan aus, der für die radikalisierte Bewegung zentral ist: „With or without papers – we will always be illegal.“ Der Slogan verweist darauf, dass die Rassifizierung und Unterdrückung durch Prozesse der Kriminalisierung nicht einfach durch den Status der Staatsbürgerschaft abgewendet werden kann. Durch dieses Verständnis einer internen Exklusion von Jugendlichen of Color ergibt sich eine Ablehnung US-amerikanischer Staatsbürgerschaft und ein Unwille, Teil von deren nationaler Gemeinschaft zu sein – eine Haltung die auch DTLA-Mitglied Marlene beschreibt: „We no longer want to be accepted, because we're never gonna be accepted, we just never will be. We continue to be brown bodies, we continue to be placed in these categories and that's not gonna change.“ (U4: 48)

Über die Kritik an dem formalen Bürgerschaftsstatus hinausgehend lehnen viele der undokumentierten Jugendlichen auch die kulturelle Form US-amerikanischer Bürgerschaft ab und verweigern sich dem Druck, sich an eine US-amerikanische Identität basierend auf weißer Dominanz anzupassen. Durch die kritische Haltung haben sich für die Bewegung undokumentierter Jugendlicher hierbei neue Möglichkeiten gemeinsamer Kämpfe mit anderen marginalisierten Gruppen eröffnet, wie etwa die Zusammenarbeit mit der Bewegung *Black Lives Matter* sowie Kampagnen gegen den *prison-industrial complex* zeigen (Feldnotizen). In diesem Wandel hin zu einem weiter gefassten Ansatz, der die herrschende Ordnung der USA infrage stellt, schließen die Jugendlichen an das Vermächtnis der Zapatistas, der Chicano und Schwarzen Bürgerrechtsbewegung sowie insbesondere der radikaleren Black Power Bewegung an. In einer Analogie mit der Geschichte der Schwarzen Bewegung in den USA beschreibt Jonathan eine Radikalisierung der Bewegung undokumentierter Jugendlicher:

„They went through the same thing, we went through. Going from being in suits, to where the Black Panthers are: militant, leather jackets, Black. For us, we were like from cap and gowns, to rejecting that uniform of assimilation, much like the suits were about, like both of these costumes were about appealing to Americans. To say like: ‚Hey, we're not dangerous.‘“ (U7: 6)

Indem selbstbestimmte Maßstäbe entwickelt werden, können jene beschränkenden Kategorien von der herrschenden Ordnung überwunden werden, die Jonathan symbolisch nachvollzogen sieht von den Anzügen der frühen Schwarzen Bürgerrechtsbewegung und dem akademischen Dress der undokumentierten Jugendlichen in der Phase des Dreamer-Narrativs. So wie die Schwarze Bewegung versucht hat, sich von diesem disziplinarischen Druck der Assimilierung an herrschende Normen zu befreien, legen die undokumentierten Jugendlichen es darauf an, ihre Bewegung ebenfalls zu emanzipieren. Sie eignen sich die Beschreibungsmacht hinsichtlich ihrer sozialen Position an, was sich teilweise auch in einer affirmativen Selbstbezeichnung als „illegal“ ausdrückt

(Nolasco/Gonzalez 2016). So verkaufen die Jugendlichen in ihrem Shop auf theiyc.org neben T-Shirts mit dem bekannten Aufdruck „I am undocumented“ auch solche mit einem Aufdruck, auf dem neben dem Schriftzug „I AM ILLEGAL“ ein Alien-Kopf abgebildet ist. Die rechtliche Kategorisierung ‚illegal alien‘ wird dadurch ironisch gewendet und als Selbstbezeichnung angeeignet, wobei die T-Shirts als popkulturelles Element in die politische Imagination einer Gemeinschaft der Undokumentierten eingehen. Die Ablehnung von Citizenship ist dabei verbunden mit einer kritischen Haltung gegenüber amerikanischer Nationalität, die bereits in der Kritik des Dreamer-Narrativs deutlich wurde: „I still don’t wanna be American, even if I get citizenship. I feel that we have the right to refuse citizenship, even though we have the right to get the same benefits citizens deserve.“ (U5: 6) Alex will sich nicht der Disziplinierung einer Integration als US-amerikanischer Bürger fügen. Dennoch beansprucht er für sich ein Recht auf Rechte (U5: 77).

Die undokumentierten Jugendlichen problematisieren somit nicht den Mangel an Staatsbürgerschaft, sondern vielmehr die damit einhergehende Kriminalisierung von Nicht-Bürger_innen: „The problem isn’t that we don’t have papers, the problem is that when you don’t have papers there are certain consequences to that.“ (U9: 10) Viele denken nicht, dass sie US-Bürger werden müssen – „we don’t need papers right now“ – kämpfen aber trotzdem dafür, an ihrem gewählten Wohnort die Rechte als Bewohner_innen zu bekommen: Führerscheine, Gesundheitsversorgung, eine Arbeitserlaubnis und nicht zuletzt „being able to stick with your family“ (U7: 55). Auch SDDT-Organizer Gina betont: „For now, we just need to stop all deportations, to take away the fear from our community. We don’t need citizenship.“ (U17: 98) Die Abkehr von Staatsbürgerschaft und Gesetzesreformen und die Hinwendung zu einem Kampf gegen Kriminalisierung und Migrationskontrollen hat in Kalifornien eine Transformation der Bewegung angestoßen, die nicht nur radikale Gruppen wie die IYC, sondern auch Dream Teams wie SDDT geprägt hat.

Eine breitere Öffentlichkeit zu beeinflussen hat in dieser Ausrichtung jenseits von Staatsbürgerschaft keine Priorität mehr, sondern wird lediglich als ein Nebeneffekt angesehen. Die eigene „recent immigrant community“ ist zum wesentlichen Resonanzraum öffentlicher Kommunikation geworden: „I think if other people catch our message, that’s great, but I really think we have to focus more on building our own community.“ (U3: 20; U2: 86) Diese Abwendung von der US-amerikanischen Mehrheitsgesellschaft hängt damit zusammen, dass deren Möglichkeitsräume für eine promigrantische Organisation als zu gering eingeschätzt werden, wie Luis O. von CIYJA erklärt: „I don’t think we really do too much to try and like influence the general public. Because I think in a sense there isn’t really much you can do. I think your racist, white American, like they not gonna change your mind, whether you are a good student or not. So you might as well just piss them off.“ (U9: 26) Aiko bestätigt diese Strategie der Fokussierung einer Teilöffentlichkeit. Eine Strategie, die darauf abzielt in der US-amerikanischen Öffentlichkeit gefällig zu sein, hätten sie aufgegeben und würden stattdessen auf eine relativ autonome Organisation migrantischer Communitys setzen:

„Addressing a broader public? Well, I don’t think it addresses a broader public, because we are not doing the work to appeal to anybody. We are doing the work out of the love of the community and the necessity to stop deportations, because no one else is gonna do it for us. So we are not really trying to appeal to other people of like: ‚Hey look, you should be an ally, because we are

human, too.⁴ It's like we kind of stopped that rhetoric a really long time ago, I think it was after the federal dream act didn't passed, because a lot of those people who worked on it, that's what they were doing, they were trying to appeal to moral senses of those who are in power, which is not gonna work, because they just see us as profit. [...] So we rather just focus our energy on something useful, something that is actually gonna create change, instead of depending on other people to create change for us.“ (U8: 26)

Der Versuch die US-amerikanische Mehrheits- und Dominanzgesellschaft zu überzeugen und dahingehend zu beeinflussen, dass sie sich für undokumentierte Jugendliche einsetzt, wird als ineffektive Strategie gesehen. Aiko benennt materielle Gründe ihrer Illegalisierung: Die dominanten Klassen würden an ihrer Entrechtung festhalten, da sie von dieser profitieren, weshalb sie durch eine bloß idealistische Argumentation nicht zu ihren Rechten kämen.³ Während in der Kritik des Dreamer-Narrativs oft die problematischen Exklusionseffekte einer Strategie herausgearbeitet wurden, die auf hegemoniale Diskurse anspielt, betonen die Jugendlichen hier auch die Ineffektivität einer solchen Strategie im Rahmen ihrer radikalpolitischen Ausrichtung.

Da sich die Jugendlichen aus der Öffentlichkeit der Dominanzgesellschaft zurückziehen und darauf abzielen, Teilöffentlichkeiten migrantischer Communitys herzustellen, haben sich auch ihre Strategien der Öffentlichkeitsarbeit gewandelt. So wird der Berichterstattung in lokalen, oftmals spanischsprachigen Nachrichtensendern sowie der Kommunikation über alternative und soziale Medien besondere Bedeutung beigegeben (U7: 59; U5: 8). Durch diese neuen Medien konnte sich die Bewegung Massenkommunikationsmittel aneignen: „social media and access to internet really leveled the playing field in terms of us not having to rely on mainstream media to tell our stories [...]. That allowed us to pretty much start creating our own narrative, start owning it, and just start telling our stories the way we wanted to tell them“ (U15: 10). Alternative und soziale Medien haben so die wichtige Funktion, den höchstselektiven Zugang zu Mainstreammedien ein Stück weit zu überbrücken, Interventionen weitgehend selbstbestimmt zu vermitteln und dabei auch das Framing zu bestimmen. Sowohl bei IYC & CIYJA als auch bei JoG haben neben Websites insbesondere eigene Facebook-Seiten eine große Bedeutung für die Außendarstellung erhalten. Mehr noch als bei der Pressearbeit für traditionelle Massenmedien vermischen sich hier Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierung und Organisation, wobei neben den Facebook-Seiten der Gruppen die Beiträge von Accounts der einzelnen Organizer teilweise eine noch größere Reichweite erzielen. Onlinekommunikation eröffnet folglich eine Öffentlichkeit jenseits der dominanten Mehrheitsgesellschaft, in der Aussagen, die nicht in deren Diskurse passen, leichter artikuliert werden können.

Die skeptische Sicht auf die umfassende Reformierbarkeit des bestehenden politischen Systems und auf US-amerikanische Bürgerschaft und deren Verstrickung in intersektionale Herrschaftsverhältnisse sind somit Elemente einer radikalen politischen Ausrichtung der Selbstorganisation. Um in diesem Sinne ein möglichst autonomes

3 Aiko verweist in der Interviewpassage außerdem indirekt auf das in der Bewegung vielfach geteilte Zitat von Assata Shakur, in dem diese eine durch strukturelle Ungleichheit bedingte Vergeblichkeit von Versuchen beschreibt, auf die Diskurse der Dominanzgesellschaft einzugehen: „Nobody in the world, nobody in history, has ever gotten their freedom by appealing to the moral sense of the people who were oppressing them.“ (Shakur 1987: 139)

Leben für migrantische Communitys zu ermöglichen, wird dennoch partiell auf pragmatische Strategien zurückgegriffen. So ist es ein langfristiges Ziel der IYC, Kalifornien zu einem Staat für Undokumentierte zu machen, in dem sie sicher leben und arbeiten können. Hierzu seien sie Luis S. zufolge auf eine instrumentelle Nutzung der Gesetzgebung angewiesen:

„So our goals to the state is to create spaces and have legal back up for immigrants as much as possible. That's what we did with the TRUST Act and other legislation. And as IYC I am not very legislation-centric, but I do believe it has to be a level where you can use certain legislations, use the attention of the already shitty ultra-capitalist society that we live in. So that's ways to release tension and make it easier for people to navigate through like an already really corrupted system. I think as California we try to do that, is try to create a better state to be able to navigate and work and not be afraid of getting pulled over and going getting deported.“ (U12: 50)

Reformorientierte Strategien werden somit punktuell und zielgerichtet eingesetzt, um Kalifornien zu einem Staat für Undokumentierte zu machen und weitergehende Veränderungen entsprechend der radikalen politischen Ausrichtung zu erzielen. Luis O. meint ebenfalls, dass es im Hinblick auf das utopische Ziel einer Gesellschaft ohne Migrationskontrollen zunächst darum gehe, dies in Kalifornien real werden zu lassen und landesweit Abschiebungen und Inhaftierungen zu stoppen (U9: 84).

Die IYC definiert Kalifornien als ihren wesentlichen Handlungsraum, „since we know, legislation can be changed here. So maybe in the next years, we will move forward, but we wanna have the base in California“ (U18: 82). Auch Marcela beschreibt diese Fokussierung auf die Landesebene, wobei zugleich ein bundesweiter Wandel angestoßen werden könne: „California has been the first state to change a lot, to make a lot of pro-immigrant legislation. And that has pushed other states and that has pushed national discourse as well.“ (U3: 60, U3: 74). Neben der Konzentration auf Kalifornien setzt die IYC auf die Organisierung in lokalen Communitys, die durch einen „domino effect“ zugleich einen darüber hinaus gehenden Wandel anstoßen könnten (U3: 62; vgl. U4: 2). Die Fokussierung auf die Landesebene hängt zudem eng mit der radikalpolitischen Ausrichtung zusammen. So sei die Bundesebene generell von exklusiven Strukturen und einer Stellvertreter-Politik dominiert, sagt Alex. Er problematisiert die dort vorherrschende Entfernung von den Communitys, die im Widerspruch zur Basisarbeit stehe: „I don't really like or believe national work works, I feel that: you can be in solidarity with people, but your work has to start in the community.“ (U5: 6) Luis S. teilt diese skeptische Sicht auf die Bundespolitik und betont, radikaler Wandel könne nur über die Länder angestrebt werden (U12: 108).

Kalifornien nimmt in den USA allerdings eine besondere Position ein als das Land, das nicht nur die größte undokumentierte Bevölkerung hat, sondern mittlerweile auch die progressivsten Migrationspolitiken durch Gesetze wie AB540, den California DREAM Act, den TRUST Act sowie AB60 (U18: 86; U9: 14). Noch in den 1990ern war Kalifornien anti-migrantisch geprägt und ist zu einem Vorbild für Einzelstaaten mit repressiver Politik geworden: „we're the first Arizona, we were the template with Proposition 187“ (U7: 2). In den 2000er Jahren habe sich Kalifornien aber grundlegend gewandelt, „California has made a complete switch“ (U7: 2; vgl. CIPC 2015; siehe Kapitel IV.1). Die Verhältnisse in Kalifornien werden daher von vielen als Privileg beschrieben, da die Situation von undokumentierten Jugendlichen dort besser ist als in

anderen Einzelstaaten der USA (U6: 24; U14: 36). Erick betont zudem, dass durch den relativ pro-migrantischen Kontext und die umfangreichen Strukturen und Ressourcen migrantischer Organisation – vor allem in Los Angeles – eine radikalere politische Ausrichtung überhaupt erst ermöglicht wird (U15: 84). Alex beschreibt Kalifornien als *sanctuary state*, der ein Vorbild für sozialen Wandel sei: „I think California is a sanctuary.“ (U5: 55) Allerdings ist die Situation für undokumentierte Migrant_innen und ihre Selbstorganisation auch innerhalb Kaliforniens höchst unterschiedlich. In anderen Teilen von Südkalifornien, die wie Orange County und San Diego konservativer geprägt sind, hätten undokumentierte Jugendliche mit einem offensiveren Rassismus zu kämpfen und könnten nicht im selben Maße öffentlich auftreten wie in Los Angeles (U8: 2; U17: 26), wobei die Situation in den anderen beiden großen Regionen von Nord- und Zentralkalifornien noch ungünstiger sei (U12: 70; U9: 6).

Die Verschiebung der Interventionen auf die subnationale Ebene hängt zudem eng mit der Neuausrichtung auf Kriminalisierung und Migrationskontrollen zusammen. Sie sind Teil einer mobilen Strategie des „jumping scales“, in der Ebenen je nach Gelegenheitsstruktur und Erfolgsaussicht gewechselt werden (Strunk/Leitner 2013: 67). Wenn politische Ziele im Kampf gegen Abschiebungen nicht in Form von Regelungen auf der Landesebene umgesetzt werden können, wird versucht, diese durch direkten Druck auf lokale Staatsorgane zu erreichen (Sheriffs, Landkreis- und Stadträte) (U9: 24). Da die lokalen Polizeichefs nicht nur den Landkreisträtern (*board of supervisors*) bzw. den Bürgermeister_innen unterstehen, sondern ebenfalls von der Bevölkerung gewählt werden, kann über die so erforderliche Legitimierung ein größerer Druck auf sie ausgeübt werden. Außerdem werden die Kämpfe gegen konkrete Inhaftierungen und drohende Abschiebungen vor allem gegenüber staatlichen Institutionen vor Ort geführt, auch wenn diese mit Landes- und Bundespolitiken zusammenhängen (U9: 50).

Neben gezielten Reformpolitiken und vereinzelt Gesprächen mit Lokalpolitiker_innen gehen IYC & CIYJA jedoch grundsätzlich auf Distanz zu staatlichen Vertreter_innen und Institutionen. Über die bloßen Äußerungen von Politiker_innen hinaus sei keine verlässliche Unterstützung für ihre Anliegen zu erwarten, erzählt Yessica, „they all talk, like gonna try to wishy-wash their support“ (U18: 54). Die IYC verfolgt gegenüber Politiker_innen entsprechend eine relativ konfrontative Strategie, erklärt Marcela: „we challenge them a lot. We don't like them. I think, we believe that the current system only works for certain people, so it's also like really challenging the current system“ (U3: 22). Die radikale, intersektionale Ausrichtung der Bewegung undokumentierter Jugendlicher äußert sich hier konkret in der konfrontativen Grundhaltung gegenüber dem Staat.

Insgesamt entspricht die Positionierung von IYC & CIYJA gegenüber staatlichen Institutionen einer Strategie der Außenseiterrolle. Zum einen werden Protestaktionen und Interventionen außerhalb etablierter Partizipationskanäle gewählt, weil sie aufgrund der Illegalisierung von diesen ausgeschlossen werden. Zum anderen ergibt sich die Außenseiterrolle aus der entschieden radikalen Positionierung der Jugendlichen, die sowohl einen weitgehenden Ausschluss aus Strukturen der herrschenden Ordnung zur Folge hat als auch eine selbstbestimmte Distanzierung und Nicht-Kooperation. CIYJA positioniert sich gegenüber staatlichen Institutionen und Politiker_innen in einer „outside role“, erläutert Luis O., da dies ihrer Ideologie und zudem einer Arbeitsteilung in der *Immigrant-Rights*-Bewegung entspricht:

„If somebody is saying something that we don't like, it's going to their offices, doing a rally outside their offices or having calls to their offices. Something where it's calling attention to an issue and putting pressure, so that they could either change their mind or just publicly shame them for what they are doing. Because I think that's the role that we play. There are already people that can go to Sacramento and just talk shit and be like: ‚Hey what do you think, that's great, cool.‘ But I think for us it's like: No, we can be agitators, we can disagree with them, we can do the pushing.“ (U9: 22)

Diese Außenposition sichert zugleich die Unabhängigkeit der Selbstorganisation. Insbesondere hinsichtlich der radikalen Politikperspektive von IYC & CIYJA kann es als Vorteil gesehen werden, dass sie keine engen Bindungen mit staatlichen Akteur_innen haben und so nicht durch das Interesse diese aufrechtzuerhalten limitiert werden. Hierdurch können sie ihren Widerspruch offen artikulieren und auch über Negativkampagnen Einfluss ausüben (U9: 22). Während sie vermittelt über Bündnisse mit anderen Organisationen Insider-Information bekommen, können sie den Part als Störenfriede übernehmen: „We are able to be like the bad guys.“ (U9: 22) Zudem würden sie versuchen, ihnen nahe stehende pro-migrantische Akteure zu beeinflussen, damit diese sich nicht vorschnell mit Kompromissen – den objektivierten Grenzen des angeblich Möglichen – zufriedengeben (U9: 26). Als radikalpolitischer Flügel der *Immigrant-Rights*-Bewegung können die Selbstorganisationen deren Agenda beeinflussen und über diese vermittelt Einfluss auf den Staat ausüben, auch wenn sie selbst zu diesem auf Distanz gehen.

Die von IYC & CIYJA vorangetriebene radikale Politikperspektive sowie die Abkehr vom Dreamer-Narrativ stehen im Zusammenhang mit einer Ausdifferenzierung der Bewegung. Diese wird von einigen jedoch auch negativ als Spaltung betrachtet: „It's good to be inclusive of everyone, but at the same time I think that's when undocumented youth were mobilizing on the ground started to think that if you are not inclusive enough, you are not doing this activism thing correctly.“ (D14: 36) Paradoxerweise kann insofern gerade der Anspruch einer möglichst inklusiven Bewegung selbst ausschließende Effekte haben und zu Spaltungen führen, wenn er zu einer absoluten Norm wird. Durch die ideologische Bestimmtheit entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen der Position von etablierteren Gruppenmitgliedern, die ein intersektionales und radikales Bewusstsein entwickelt haben, und undokumentierten Jugendlichen, die noch nicht vergleichbar organisiert sind und die weniger Gelegenheiten hatten, ihre Entrechtung im Zusammenhang mit anderen zu reflektieren. In den internen Räumen der Selbstorganisation gelingt es häufig, dies durch einen lockeren Umgang und eine freundschaftliche Atmosphäre abzufedern. In Bezug auf die Gesamtheit der sozialen Gruppe undokumentierter Jugendlicher können durch die radikalpolitische Bestimmtheit jedoch Hürden für eine breite Mobilisierung und Organisation entstehen. Durch die Multiplizierung von Positionierungen der Betroffenheit entstehen zugleich neue Anknüpfungspunkte, sodass sich die Bindung an Gruppen wie IYC und CIYJA tendenziell von einer einheitlichen Erfahrung der Betroffenheit hin zu einer geteilten politischen Ausrichtung verschiebt.

2.3 Zusammenfassung und Diskussion

Die permanent drohende Repression durch Migrationskontrollen sowie der prekäre Aufenthaltsstatus sind in beiden Fällen der gemeinsame Ausgangspunkt migrantischer Selbstorganisation. In Deutschland ergibt sich aus dem Kampf gegen Abschiebungen die Forderung nach einem umfassenden Bleiberecht. Damit verbunden wird soziale Teilhabe verlangt, insbesondere im Bildungsbereich, der in der Jugendphase für die weitere Entwicklung entscheidend ist. Hierbei argumentiert JoG vor allem für Chancengleichheit, indem sie beanspruchen, so wie die Jugendlichen der deutschen Mehrheitsgesellschaft behandelt zu werden, wobei sie zum Teil ihre Leistung und Zugehörigkeit hervorheben. Mit Bezug auf humanitäre und von ihnen selbst deklarierte Rechte wird jedoch auch darauf abgezielt, eine radikal egalitäre Gleichheit zu aktualisieren. In den USA hat sich der anfangs auf undokumentierte Studierende beschränkte Fokus zu einer umfassenden Perspektive auf Kriminalisierung und Intersektionalität erweitert – im engen Zusammenhang mit der im vorherigen Kapitel beschriebenen Abkehr vom Dreamer-Narrativ. Hierbei wird kaum noch mit einem Vergleich zu Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft, sondern insbesondere mit einem Grundsatz radikal egalitärer Gleichheit argumentiert, durch den immer weiter ausdifferenzierte Machtanalysen und emanzipatorische Strategien entstehen.

Die Kontinuität der migrantischen Selbstorganisation in Deutschland zeigt sich in dem über zehnjährigen Bestehen von JoG. Während sich die Ziele, Strategien und Ausrichtung bei JoG im Verlauf der Jahre mit der Gruppe entwickelt haben, ist es in der Bewegung in den USA seit Anfang der 2010er Jahre zu grundlegenden Verschiebungen und Spaltungen gekommen, in deren Zuge IYC und CIYJA überhaupt erst entstanden sind. Im Gegensatz dazu ist es bei JoG nicht zu einer solchen umfassenden Transformation gekommen. Dies hängt damit zusammen, dass – im Gegensatz zum wiederholten Scheitern des DREAM Act, als dem wesentlichen Ziel der frühen Selbstorganisation in den USA – mit den Bleiberechtsregelungen in Deutschland schnell Erfolge verbucht wurden, auf die aufgebaut werden konnte – was gerade wegen der Beschränktheit dieser Regelungen dringlich erschien. Die erneute Thematisierung von Bildung bei JoG hängt hingegen damit zusammen, dass es nicht zu einer Öffnung des Bildungszugangs in Deutschland gekommen ist und die Jugendlichen hierin ein anhaltendes Problem sehen. Insbesondere im Bundesstaat Kalifornien konnten durch die Kämpfe undokumentierter Jugendlicher dagegen umfangreiche Rechte in diesem Bereich erstritten werden, was als ein Faktor gesehen werden kann, der es der Bewegung ermöglicht hat, ihren Fokus auf andere Themen zu verlagern. Bei diesen gibt es allerdings nicht vergleichbar große Schnittmengen mit hegemonialen Diskursen, weshalb kooperative Strategien weniger naheliegen.

Trotz der ähnlichen Position und Positionierung als Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen, verweist der Einsatz für Bleiberecht bei JoG und der gegen Kriminalisierung bei IYC & CIYJA auf unterschiedliche Ausrichtungen. Während JoG im Zusammenhang ihrer pragmatischen Politikperspektive eine Konfrontation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen mit Annäherung und Kooperation verbinden, gehen IYC & CIYJA weitgehend auf Distanz zu staatlichen und mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen, stehen in einem Konfliktverhältnis und entwickeln eine radikale Politikperspektive. Diese Ziele, Strategien und Ausrichtungen werden unter-

schiedlich mit dominanten Diskursen artikuliert und bringen jeweils spezifische Narrative hervor (siehe VII.1). Sie verweisen außerdem auf ein unterschiedliches Verhältnis zum Staat (vgl. Schwenken 2006: 309ff.). Wenn JoG eine Bleiberechtsregelung von Politiker_innen fordern und sich hierbei insbesondere an die Innenminister richten, kann dies – trotz der Radikalität eines Verlangens nach einem Bleiberecht für alle – überwiegend als eine *Intervention zur Re-regulierung* begriffen werden. Wenn IYC & CIYJA sich wiederum gegen Kriminalisierung wenden, so ist dies in der Verteidigung undokumentierter Communitys vor allem eine Organisation gegen die staatlichen Institutionen und deren Abschiebe- und Inhaftierungspraxen und insofern – auch wenn immer wieder Politiker_innen adressiert und strategisch für Gesetzesinitiativen gestritten wird – überwiegend eine *Intervention für radikalen Gesellschaftswandel*.

Im Gegensatz zu JoG wird durch die fortlaufende Priorisierung der am meisten Betroffenen bei IYC & CIYJA weniger auf eine Chancengleichheit und einen Vergleich mit Jugendlichen der dominanten Mehrheitsgesellschaft abgestellt. Vielmehr führt die intersektionale Perspektive zu einer grundlegenden Unterlaufung herrschender Normen und zu einer demokratischen Praxis, die eine radikal egalitäre Gleichheit artikuliert. In Deutschland werden die Forderungen hingegen stärker als Anspruch auf Gleichberechtigung ausgedrückt. Mit der Forderung nach einem unbeschränkten Bleiberecht artikuliert jedoch auch JoG eine radikalpolitische Perspektive. In beiden Selbstorganisationen sind es die zunächst unrealistisch erscheinenden Forderungen, die als politischer Horizont für die Bewegung bedeutsam sind und zu konkreten Effekten führen, indem sie in relative Ziele sowie entsprechende Strategien übersetzt werden. So wie die Forderung nach einem „Bleiberecht für alle“ bei JoG, ist bei IYC & CIYJA das Ende der Kriminalisierung ein imaginäres Begehren, an dem sich die konkreten Praxen ausrichten. Ausgehend von umfassender Systemkritik weisen die undokumentierten Jugendlichen hierbei einerseits eine Anrufung als Aktivbürger_innen und zukünftige Wähler_innen zurück und verweigern eine Partizipation nach den Vorgaben der staatlichen Institutionen. Entgegen ihrer fehlenden Position als „active citizens“ können sie im Anschluss an Engin Isin hinsichtlich ihrer politischen Subjektivierung als „activist citizens“ (2008: 37) beschrieben werden, die sich unabhängig von ihrem legalen Status selbst als Bürger_innen konstituieren „as those to whom the right to have rights is due“ (ebd.: 18; Arendt 2011). In dem pragmatischen Ansatz von JoG kann jedoch auch eine radikale Infragestellung der Hierarchisierung von Politikperspektiven herausgelesen werden, insofern die Dogmatik von Theorien und Ideologien zugunsten einer Perspektive zurückgewiesen wird, die direkt bei den betroffenen Subjekten und ihren Sichtweisen ansetzt. Die Interventionen der migrantischen Jugendlichen oszillieren zwischen Radikal- und Reformpolitik, wobei die Selbstorganisationen in den USA zu Ersterer, die in Deutschland zu Letzterer tendieren.

Die Strategie von JoG zielt darauf ab, ein möglichst enges Verhältnis mit Politiker_innen sowie der hegemonialen Öffentlichkeit einzugehen, um diese von ihren Anliegen zu überzeugen (vgl. Schwirtz 2019). Dabei kann die Konfrontation mit der Entrechtung der Jugendlichen und ihrer Forderung nach Rechten auf besondere Weise durch die persönliche Begegnung wirken. Allerdings vertreten die Politiker_innen, mit denen sie sprechen, gleichzeitig den Staat, gegenüber dem die Jugendlichen in einem strukturellen Konflikt stehen. Die geflüchteten Jugendlichen setzen sich mit den gegen sie gerichteten diskursiven Strategien auseinander, wobei ein unmittelbarer Konflikt vor allem mit den Ausländerbehörden ausgetragen wird. Die Bewegung in Kalifornien

hat sich dagegen umfassend von staatlichen Institutionen sowie hegemonialer Öffentlichkeit distanziert, was mit einem Wechsel der Interventionen auf subnationale Ebenen verknüpft ist. Gerade da in Kalifornien bereits zahlreiche pro-migrantische Gesetze durchgesetzt werden konnten, entsteht hier ein Raum der Organisierung, der eine politische Radikalisierung und Neuausrichtung ermöglicht. Entsprechend dem priorisierten Kampf gegen Kriminalisierung, der als eine konfrontative Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden ausgetragen wird, setzen die undokumentierten Jugendlichen weniger auf Gesetzeskampagnen, Lobbyarbeit und Beziehungen zu Politiker_innen. Im Zuge einer informellen Arbeitsteilung in der *Immigrant-Rights*-Bewegung erzeugen sie Druck von außen, können über ihre Verbündeten aber auch vermittelt Einfluss innerhalb staatlicher Institutionen ausüben.

Ausschlaggebend für die unterschiedliche Ausrichtung sind zunächst Konstellationen innerhalb der (pro-)migrantischen Bewegungen. In den USA hat sich eine umfassende Bewegung undokumentierter Jugendlicher herausgebildet und ausdifferenziert. Dabei sind in eigenen Nischen Gruppen entstanden, die sich wie die IYC auf spezifische Weise radikalisiert haben und in diesem Zuge weitgehend auf Abstand zu etablierten Non-Profit-Organisationen gegangen sind und dennoch mit ihnen in einem Verhältnis impliziter Arbeitsteilung stehen. In Deutschland gibt es keine derart umfassende Bewegung migrantischer Jugendlicher, sodass durch JoG ein vergleichsweise breites politisches Spektrum abgedeckt wird. Eine ideologische Spezifizierung könnte hierbei demobilisierend wirken. Zudem gibt es bereits radikaler ausgerichtete Selbstorganisierungen von älteren Geflüchteten wie *The Voice* und die *Karawane*, wobei JoG ihren pragmatischen Ansatz auch im Unterschied zu deren Strategien entwickelt haben und eng mit flüchtlingspolitischen Organisationen kooperieren.

Die Tendenz zu Radikal- oder Reformpolitik ist darüber hinaus bedingt durch den unterschiedlichen Kontext in Deutschland und den USA, insbesondere in den jeweiligen Traditionen von Protest und politischer Kultur (siehe Kapitel IV.3). Im Vergleich zur politischen Ausrichtung von JoG in Deutschland stellen CIYJA und vor allem IYC die Institutionen der USA radikal infrage. Hierbei knüpfen sie an die Geschichte sozialer Bewegungen von People of Color an, die in Deutschland kaum im Common Sense präsent ist. Darüber hinaus kann die staatskritische und Communitybezogene Strategie der undokumentierten Jugendlichen an die anti-etatistische und gemeindebezogene Tradition der amerikanischen Gesellschaft anschließen. In dieser Tradition wird dem (Bundes-)Staat oftmals skeptisch und abweisend gegenübergestanden, wobei Teilhabe und der Zugang zu Ressourcen weitreichend außerhalb staatlicher Institutionen organisiert werden. In Deutschland ist hingegen eine politische Kultur vorherrschend, die mehr auf den Staat bezogen und von diesem strukturiert ist, sodass unterschiedliche Interessen weniger in einen offenen Konflikt treten, sondern korporatistisch eingebunden werden. Sowohl Teilhabe als auch politische Partizipation werden umfassend staatlich organisiert, weshalb eine reformpolitische Strategie auch für die weitestgehend ausgeschlossenen migrantischen Selbstorganisierungen nahe liegender ist. Hinzu kommt, dass die aufenthaltsrechtliche Position der geflüchteten Jugendlichen engmaschig durch das deutsch-europäische Migrationsregime reguliert und auch das politische Engagement somit diszipliniert wird, während die undokumentierten Jugendlichen in den USA eine größere Autonomie gegenüber dem US-amerikanischen Migrationsregime haben. In Verbindung mit der politischen Ausrichtung der migrantischen

Selbstorganisierungen in Deutschland und den USA sind diese Kontextfaktoren auch prägend dafür, welche konkreten Interventionsformen entwickelt werden.

3. INTERVENTIONSFORMEN ZWISCHEN KOOPERATION UND KONFRONTATION

Durch ihre Selbstorganisation erschaffen migrantische Jugendliche eine Bühne, auf der sie als Betroffene und zugleich als politische Subjekte erscheinen. Sie sind es, die ihre Stimmen erheben, die ihre gemeinsam entwickelten Forderungen zur Sprache bringen, die ihre Körper einsetzen, um Rechte zu erlangen. Hierbei entwickeln die Jugendlichen eine Vielzahl an Interventionsformen: Diese umfassen Selbsthilfe, Empowerment und Informationsveranstaltungen, Kunst- und Kulturproduktionen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Demonstrationen und direkte Aktionen. Angesichts dieser großen Bandbreite möchte ich im Folgenden zwei Interventionsformen fokussieren, die sehr verschieden sind und die zugleich typische Aspekte der Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher deutlich werden lassen.

Mit der Kampagnenarbeit und den Aktionen zivilen Ungehorsams werden einerseits Aspekte der Kooperation und andererseits der Konfrontation herausgearbeitet. Die zwei Facetten können generell als bedeutender Teil migrantischer Kämpfe verstanden werden. Zugleich stehen sie aber in einem jeweils spezifischen Kontext. Die Kampagnenarbeit in Deutschland hängt mit der pragmatischen Politikperspektive von JoG sowie dem vorherrschenden Etatismus zusammen (siehe Kapitel IV.3). Sie verdeutlicht, auf welche Weise sich migrantische Kämpfe für eine Re-Regulierung einsetzen können, ohne hierbei eine grundsätzlich kritische Positionierung aufzugeben. Die direkten Aktionen in den USA sind hingegen verknüpft mit der radikalpolitischen Ausrichtung von IYC & CIYJA und schließen zugleich an die dort traditionell starken sozialen Bewegungen und deren Protestrepertoire an. Sie offenbaren Möglichkeiten migrantischen Widerstands gegen Kontrollen sowie direkter Interventionen für einen grundlegenden Gesellschaftswandel. Keine der Fallstudien lässt sich jedoch auf die im Folgenden jeweils beschriebenen Interventionsformen reduzieren, vielmehr bilden diese nur einen – wenn auch wichtigen – Aspekt der Gruppen ab. Sie finden sich zudem in der jeweils anderen Fallstudie wieder, was ich durch einen Vergleich im letzten Abschnitt aufzeige. So wirken die Aktionen zivilen Ungehorsams von IYC & CIYJA oftmals gerade im Zusammenhang mit Kampagnen und die politischen Praxen von JoG lassen sich ebenfalls als Ungehorsam im weiteren Sinne beschreiben. In beiden Fällen arbeite ich heraus, wie sie für ihre Anliegen Öffentlichkeiten herstellen, in denen sie sich ungehorsam gegenüber Gesetzen zeigen und zugleich Rechte beanspruchen und in denen sie durch ihre politische Subjektivierung (Un-)Gleichheit demonstrieren.

3.1 Bleiberechts- und Bildungskampagne bei JoG

Die Bleiberechtskampagne von geflüchteten Jugendlichen Kampagnenarbeit ist, neben der alljährlichen Gegenkonferenz zum Treffen der deutschen Innenminister, zentral für die politische Arbeit des bundesweiten Zusammen-